Teil 3 – Migration: Auswirkungen, Bewertungen

Ruedi Meier
Dr. oec.publ./Raumplaner ETH-Z
Bürglenstrasse 35, 3006 Bern

Stand: 28. Oktober 2024
Feedbacks an: ruedimeier@bluewin.ch
Mehr Infos: www.ruedimeier.ch

Mitwirkung Redaktion:
Mark Wyler
Dr. oec. HSG
Welletenstrasse 23
5023 Biberstein

Teil 3 – Auswirkungen, Bewertung der Migration

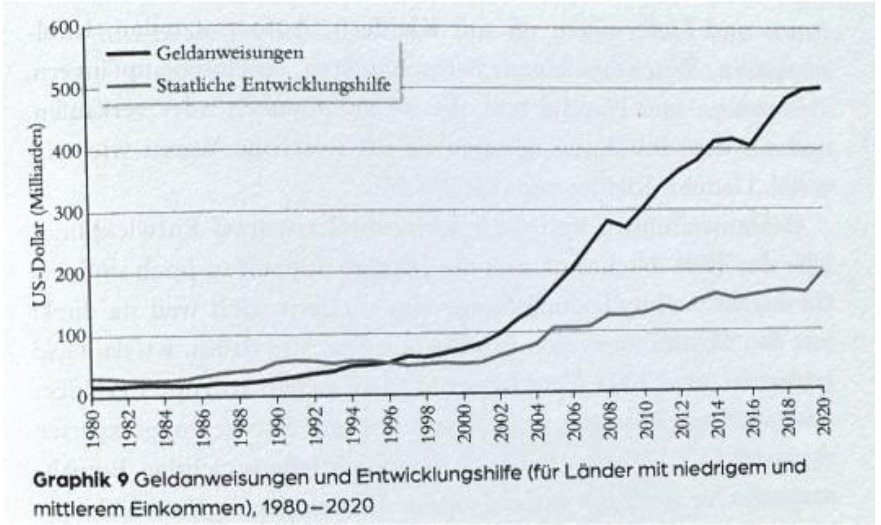
- Geniale Wachstumsmaschine für Migranten, Unternehmen und evtl. Herkunftsland
- Auswirkungen CH-Wirtschaft: BIP, BIP/Kopf, Löhne, Beschäftigungsstruktur, Produktivität etc.
- Bevölkerungsperspektiven: Abnehmende Geburtenraten, mit Zuwanderung zur > 10 Millionen Schweiz?
- Leben auf Pump: Bald 2 Erden konsumiert. Bevölkerungsentwicklung/Migration in Gemengelage
- Sozialversicherungen, Steuerbelastungen, Fiskalbilanz
- Gesundheitswesen profitiert von Migration
- Wohnungsmarkt: Steigende Mieten, Wohnflächen, Diskriminierung, prekäre Wohnverhältnisse
- Landwirtschaft/Ernährung, Siedlungsflächenwachstum, Kulturlandverlust, Gefühl der «Enge», «Dichtestress»?
- Bildung/Forschung, Energieversorgung, «Nachhaltige Mobilität» mit mehr Lebensqualität
- Kriminalität in Theorie und Praxis
- Ausgabenentwicklung SEM, Zusammenleben in der Schweiz, Integrations-Politik – Stand Integration
- Fazit

Migranten, Unternehmen und ev. Herkunftsland als primäre Gewinner: Geniale Wachstumsmaschine – «Modellrechnungen» als Einstieg.

- Aufgrund **der Entwicklungsgefälle** können Migranten ihr Einkommen bei der Einwanderung in die CH in einem hohen Ausmass verbessern. Gehen wir von einem durchschnittlichen Lohnniveau von **50'000 CHF im Herkunftsland** aus, das im **Zielland Schweiz auf 80'000 CHF** steigt, so erhöht sich das **Lohneinkommen um 30'000.- CHF oder plus 60%.**
- Bei einer Nettozuwanderung von 70'000 Personen gewinnen die **Migranten zusätzliche Einkommen von jährlich 2.1 Mrd. CHF** (Annahmen: «Zusatzeinkommen» 30'000.- CHF x 70'000). Grössere Einkommensgefälle bei Herkunft aus weniger entwickelten Ländern führen zu noch ausgeprägteren Einkommenseffekten, z.B. von 10'000 auf 80'000 CHF oder um 800%.
- Das **Lohneinkommen** aufgrund der Einwanderung in die Schweiz steigt insgesamt um **5.6 Mrd. CHF** (70'000 Personen mal 80'000 CHF Einkommen). Diese Lohneinkommen macht ca. 60 % an der gesamten Wertschöpfung («Labour Share») aus. Bei den **Unternehmen fallen weitere 40% oder 4.3 Mrd. an.** Insgesamt steigt die **CH-Wertschöpfung um 9.9 Mrd**. CHF oder rund 1.2% pro Jahr.

  Migration ist im Prinzip eine geniale Wachstumsmaschine. Migranten gewinnen umso mehr, desto «ärmer» ihr Herkunftsland ist.
  Die Unternehmen können ihre Wertschöpfung ausweiten, die gesamte Wirtschaft wächst.

- **Rücküberweisungen/Remissen:** Die Migranten können **Zahlungen an ihre Herkunftsländer leisten**. Das ist vor allem bei Herkunft aus armen Ländern der Fall. Es werden vielfach 5-15% des Einkommens an die Herkunfts-Familien bzw. «Clans» überwiesen. Aus der Schweiz dürften so pro Jahr mehrere Hundert Millionen CHF an die Herkunftsländer zurückfliessen. Von den zusätzlichen Unternehmenseinkommen dürfte auch ein Teil im Ausland investiert werden. Verlässliche Zahlen sind uns dazu nicht bekannt.
- **Weltweit werden die Rückflüsse von Migranten** an weniger entwickelte Länder **auf jährlich ca. 500 Mrd. CHF geschätzt** (Quelle: Hein de Haas, Migration, S. 127), was 2.5 Mal der weltweit geleisteten Entwicklungshilfe entspricht.
- Es ist eine offene Frage, inwiefern durch die Mittelrückflüsse die Ausbildungskosten der Migranten in ihren Herkunftsländern gedeckt werden können.
- In Auswanderungsländern entstehen durch den **BrainDrain erhebliche Lücken auf dem Arbeitsmarkt** – vor allem bei qualifizierten Arbeitskräften.
  Etwa im Gesundheitswesen oder in der IT-Branche werden schmerzhafte Defizite festgestellt.



Graphik 9 Geldanweisungen und Entwicklungshilfe (für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen), 1980–2020

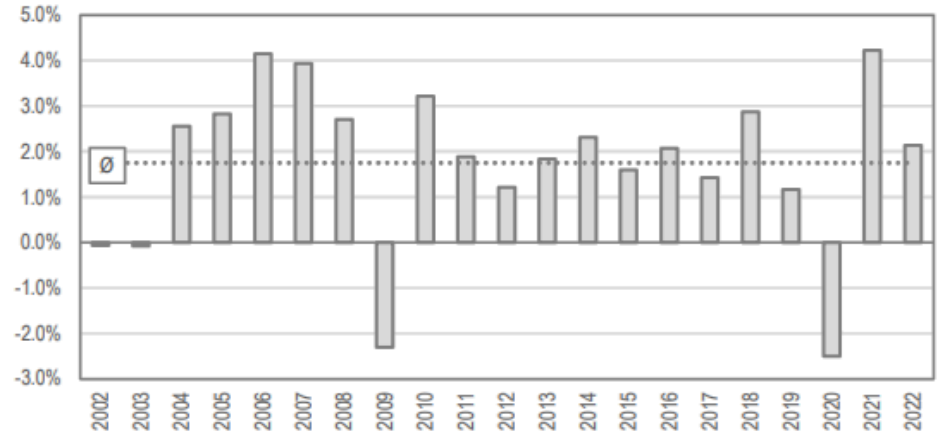
Positive Wachstumseffekte des Freizügigkeits-abkommens (FZA) ab 2002 bis 2022

Quellen: 19. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU, https://www.avenir-suisse.ch/waechst-die-schweiz-nur-noch-in-die-breite

- Das **reale Bruttoinlandprodukt (BIP)** ist von 2002-2022 - bei einem Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 0.93% p.a. - um **1.75% p.a.** (Abb. 1.13, Total 16.4%) gewachsen.
- Das **reale BIP pro Kopf** verbesserte sich pro Jahr im Schnitt um **0.82%** (Abb. 1.13).
- Die Zunahme des BIP war dabei zu ähnlichen Anteilen auf einen grösseren Arbeitseinsatz (höhere Erwerbsquote, +0.82%) und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen (+0.92%, Abb. 1.13).
- Die Produktivitätsfortschritte haben höhere Löhne für die Arbeitnehmenden zur Folge: Das durchschnittliche **Reallohnwachstum** belief sich zwischen 2002 und 2022 gemäss Lohnindex des BFS auf **0.50% pro Jahr oder insgesamt auf Plus 10%**. (bei 70'000 CHF Lohn sind das 350.- CHF im Jahr).
- Der Anteil des **Arbeitnehmerentgelts** am BIP («labour share») erreichte 2022 mit 59% einen gegenüber 2002 um 1% erhöhten Wert.
- Die relativ positive Entwicklung im Zeitraum 2002-2020 ist trotz diversen **Krisen** zustande gekommen: Stagnation nach der Dotcom-Blase, Rezession nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009, Einbruch aufgrund der Covid Pandemie 2020-2021 (Abb. 1.12).

Abb. 1.12: Reales Bruttoinlandprodukt

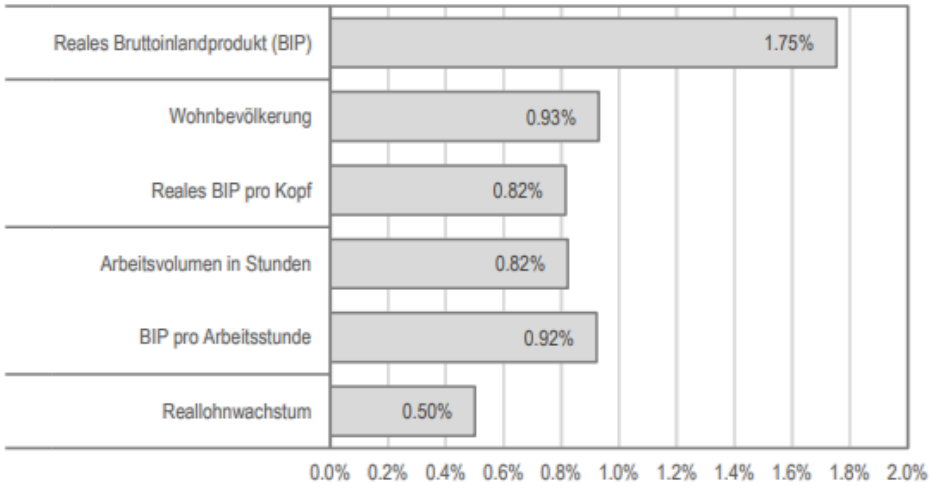
Jährliches Wachstum und Durchschnitt 2002-2022



Quellen: BFS/VGR; SECO/BIP-Quartalsschätzung

Abb. 1.13: Kerngrössen zur Wirtschaftsentwicklung

durchschnittliche jährliche Wachstumsraten, 2002-2022



Quellen: BFS/VGR; BFS/ESPOP, STATPOP; BFS/WPS; BFS/AVOL; BFS/Lohnindex; SECO/BIP-Quartalsschätzung

Migration und Freizügigkeitsabkommen (FZA): Auswirkungen Beschäftigungs-struktur 2002-2022, Wirtschaft, Innovation, Produktivität etc.

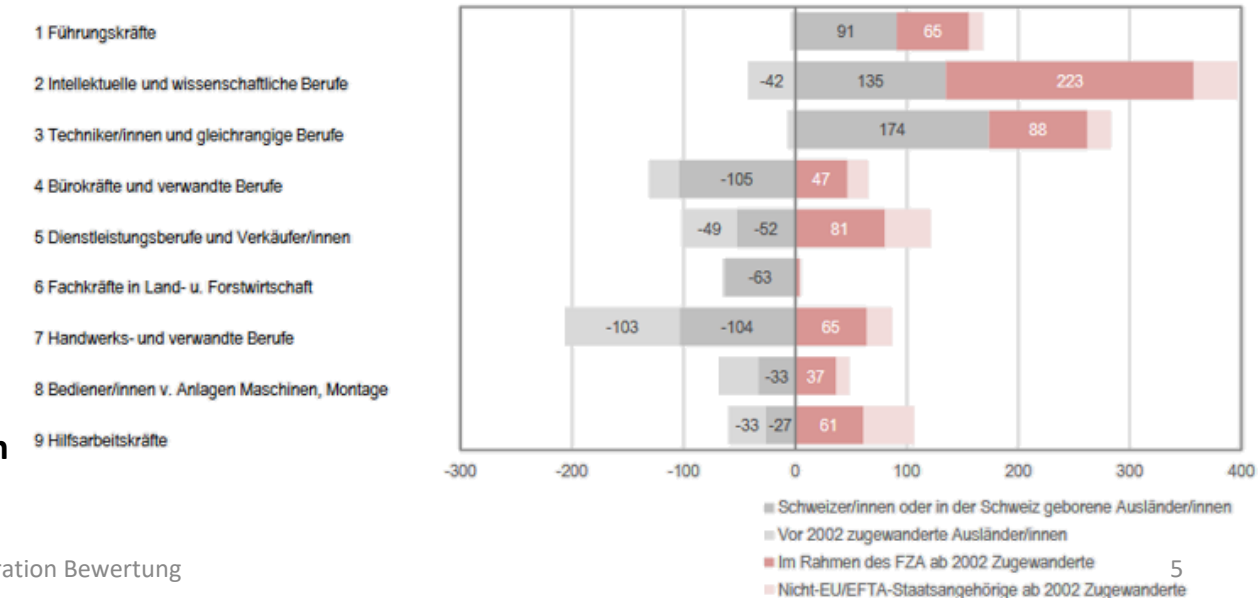
Die Veränderung der Erwerbstätigkeit nach Berufshauptgruppen und Migrationsstatus zeigt, dass qualifizierte Fachkräfte deutlich zunahmen. In einem überwiegenden Ausmass sind auch **«Führungskräfte», «Intellektuelle und gleichgerichtete Berufe» sowie «TechnikerInnen»** zugewandert. Die Zugewanderten haben im Vergleich zu Erwerbstätigen, die schon vor 2002 ansässig waren, deutlich häufiger einen Bildungsabschluss auf der Tertiärstufe (54% gegenüber 37%). Fehlende, teilweise hochqualifizierte Fachkräfte wurden zusätzlich rekrutiert. Es fand eine **Ergänzung** auf dem Arbeitsmarkt und **keine Verdrängung** statt. Die hochqualifizierten EU-Einwanderer üben auch hochqualifizierte Tätigkeiten aus. In den allermeisten Studien wird auch **kein Lohndruck** auf die Löhne der qualifizierten Arbeitskräfte festgestellt. Die Wirtschaft hat dank den qualifizierten Arbeitskräften mit **mehr Innovationen**, **erhöhten Investitionen**, **erhöhtem Unternehmertum** und **steigender Produktivität bei weniger geleisteten Arbeitsstunden pro Arbeitskraf**t profitiert. Die Schweiz weist im internationalen Vergleich eine deutlich **tiefere Arbeitslosenquote** mit inzwischen unter 3% auf (EU-Schnitt ca. 6%).
Die Schweiz weist als kleines, wirtschaftlich erfolgreiches Land in Europa aufgrund der **Sprachsituation eine besonders hohe Attraktivität auf**: es bestehen für die Sprachgruppen Deutsch, Französisch, Italienisch und Romanisch (für Portugal/Brasilien, Rumänien) mit sehr hohen Anteilen in Europa **praktisch keine Grenzen**. Es fehlt ein zentrales Migrationshindernis, was eigentlich hätte vorausgesehen werden müssen (ursprüngliche Annahme: Plus 10'000 Personen Zuwanderung pro Jahr wegen FZA). Es kann die Frage gestellt werden, ob diese spezielle Konstellation nicht einen Sonderstatus rechtfertigt.

Andererseits nahmen die **weniger qualifizierten Tätigkeiten** (Zeilen 4 bis 9) im Zeitraum 2002 bis 2022 für Ansässige insgesamt ab. Gleichzeitig wurden unqualifizierte Arbeitskräfte – für Arbeiten, welche Schweizer nicht mehr machen – aus EU- und EFTA-Ländern rekrutiert. Auch für die weniger qualifizierten bzw. unqualifizierten Segmente wird von den allermeisten Studien **kein Lohndruck** aufgrund der Migration festgestellt.

Von 2010 bis 2018 betrug der durchschnittliche Stundenlohn aller Erwerbs-tätigen, die schon vor 2002 in der Schweiz ansässig waren,
40.90 CHF. Die EU-Zugewanderten kommen trotz tieferem Alter und kürzerer Betriebszugehörigkeit auf höhere 41.40 CHF. (NZZ, 08.09.2020).

Fazit: Insgesamt hat das FZA positive gesamtwirtschaftliche-, pro Kopf- und Lohn-Effekte zur Folge. Offen bleibt die Frage, ob bei einer selektiveren Zuwanderung die pro Kopf-Einkommen und -Löhne nicht noch stärker hätten ansteigen können, aber bei geringeren Folgekosten der Migration.

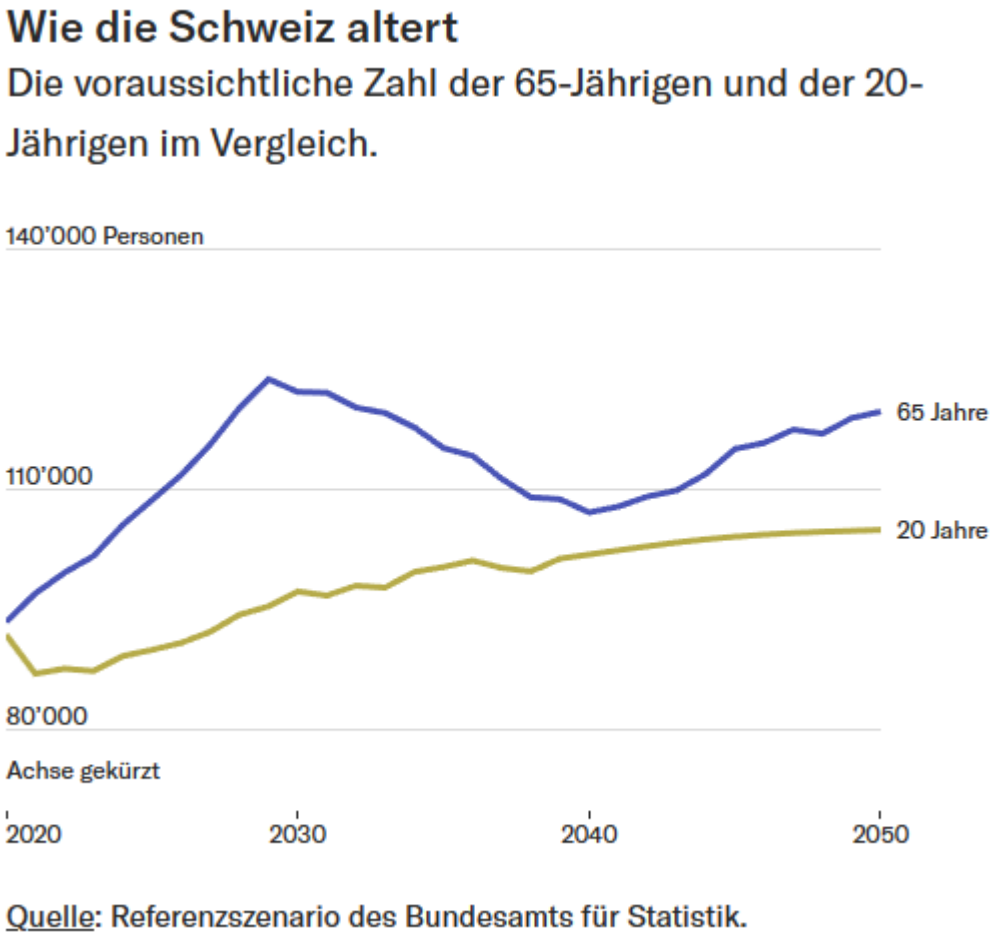
Abb. 1.20: Veränderung der Erwerbstätigkeit nach Berufshauptgruppen und Migrationsstatus, 2002-2022
Ständige Wohnbevölkerung, in Tsd.



Bevölkerungswachstum Schweiz/Migration: Zukunftsperspektiven?

Quellen: Wie stark wächst die Bevölkerung der Schweiz bis 2070? , 19. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU , Republik vom 09.09.2023

- Seit rund 50 Jahren liegt die Geburtenziffer in der Schweiz unter 2.1, was eine schrumpfende Bevölkerung zur Folge hat. Ohne Zuwanderung und ohne die Erhöhung der Lebenserwartung wäre die Bevölkerung der Schweiz schon seit vielen Jahren stagnierend, ja gar rückläufig.
- Seit 2020 scheiden in der Schweiz jährlich mehr Personen aus der Erwerbsarbeit aus, als dass Menschen in die Erwerbsarbeit einsteigen (Grafik rechts). Der jährliche Negativsaldo wächst trotz Zuwanderung bis 2030 und normalisiert sich auf absehbare Zeit nicht mehr.
- Der allenthalben monierte Mangel an Arbeitskräften auf allen Stufen wird sich also in Zukunft beschleunigt manifestieren. Gemäss Schätzungen der UBS werden in der Schweiz ceteris paribus bis 2030 rund 250’000 Arbeitskräfte «fehlen», bis 2040 sogar mehr als 500’000. Falls weiterhin ein forciertes Wachstum verfolgt wird, drängt sich zur Milderung der demografischen Lücken eine weitere Zuwanderung von erwerbstätigen Personen auf. Die Effekte auf das pro Kopf-Einkommen hängen dabei stark von der Qualifizierung der rekrutierten Arbeitskräfte ab.
- Da sich die demografischen Herausforderungen in allen EU/EFTA-Staaten stellen, wird es mittelfristig tendenziell schwieriger, die absehbaren Lücken weiterhin vorwiegend durch Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum zu kompensieren.
- **Offizielle Bevölkerungsperspektiven Bund**: „Das Szenario «hoch» sieht Wachstum voraus, das im Jahr 2050 zu einem Bevölkerungsbestand von 11.4 Mio. führt. Das Szenario «tief» hat ein langsameres Bevölkerungswachstum zur Folge, wobei die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 9.5 Mio. Personen erreicht.“



Fazit: Die demografische Entwicklung in Europa rückt die Migration aus den EU-Staaten in ein neues Licht. Der Zuwanderungsdruck aus der EU dürfte sich eher vermindern. Gleichwohl ist das «Szenario hoch» aufgrund der anhaltenden Entwicklungsgefälle wahrscheinlicher. Die 10-Millionen-Grenze in der Schweiz dürfte ceteris paribus vor 2050 erreicht werden.

Hilft Migration gegen den Fachkräftemangel?

Boris Zürcher, Arbeitsmarktchef Seco, meint, dass die Schweiz "zu billig" sei und daraus eine hohe Zuwanderung resultiere.

Indikator für Fachkräftemangel: **Rekrutierungsschwierigkeiten-Index BFS, siehe Grafik rechts**: 2022; höchster Wert, wie auch Quote offene Stellen.

Hohe Komplementarität der Zuwanderung: Zuwanderung deckt Arbeitskräfte-Defizite gemäss Folie 5 im oberen und unteren Segment ab. Es werden Arbeitsverträge gemäss Personenfreizügigkeit nach Bedarf abgeschlossen. Es besteht eine eher geringe Konkurrenz zu einheimischen Arbeitskräften. Es werden nicht einfach “falsche” Arbeitskräfte in die Schweiz geholt.

Der Fachkräftemangel – trotz mittlerweile 20 Jahren mit hoher Zuwanderung – hat sich eher noch akzentuiert. Im Prinzip sollten steigende Löhne zu einer zu einer Beseitigung des Arbeitskräftemangels führen. Die Löhne werden – ausser im obersten Segment – zu wenig angepasst. **Höhere Lohnanpassungen sind im Prinzip das adäquate Instrument für die Beseitigung bei mangelnden Arbeitskräften was gleichzeitig den Strukturwandel mit höherer Produktivität voran treibt. Entsprechend angepassten**

Bei international offenen Arbeitsmärkten sollte es zu einer Konvergenz der Lebensbedingungen kommen, was offensichtlich nicht der Fall ist. Die Schweiz ist für qualifizierte Arbeitskräfte aus praktisch der ganzen Welt sehr beliebt.

Die Zuwanderung löst weitere Zuwanderung aus: Siegenthaler et al. (2016) schätzen, dass auf eine exportorientierte neue Arbeitskraft zusätzlich 0.6 bis 1.4 Stellen im Binnenmarkt geschaffen werden: Gesundheitswesen, Detailhandel, Gastronomie, Unterhaltungsbranche, Bauwirtschaft. Bei fast Vollbeschäftigung des CH-Arbeitsmarktes entsteht eine zusätzliche Arbeitsnachfrage.

Abbildung 4.13: Rekrutierungsschwierigkeiten und offene Stellen

Quelle: Bundesamt für Statistik (2023c)

Zukunftsperspektiven Arbeitsmarkt? Diese sind sehr kontrovers: Aus Sicht „Roboter“/“KI“ werden sehr hohe Arbeitslosenzahlen von bis zu 50% „prognostiziert“. Gleichzeitig sollen mehrere Hundert Tausend Arbeitskräfte fehlen? Die Prognosen gehen vielfach von trivialen Trendextrapolationen aus und sind wenig hilfreich.

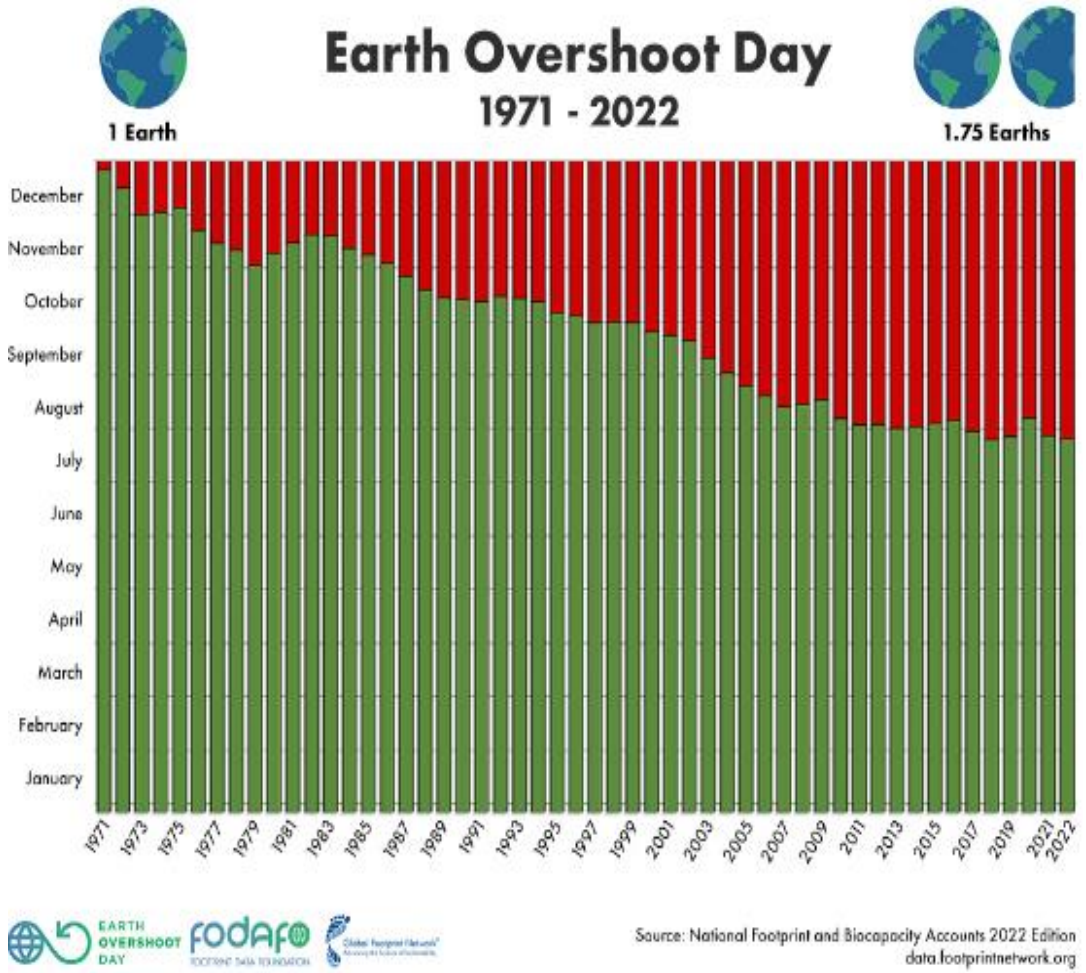
Die Umwelt stöhnt. Wir leben auf Pump: Verbrauch von 1.75 Erden. Bis 2030 gemäss UNO 2 Erden nötig

Spätestens seit den 70-er Jahren ist klar: Die Erde wird übernutzt, die ökologischen Grenzen überschritten. Die Belastungen bewegen sich zunehmend im **roten Bereich** und nehmen weiter zu: (Mehr dazu: https://overshoot.footprintnetwork.org/)

- **Böden und Gewässer** werden übernutzt und nicht regeneriert. Die Wüstenbildung schreitet voran. Die Meere sind überfischt. Die Biodiversität schrumpft bedrohlich (Arten werden rasant dezimiert). Wir sollten von den „Zinsen“ und nicht vom „Kapital“ leben.
- **Wälder werden gerodet** für mehr Nahrung und nicht nachhaltig genutzt.
- Aufgrund der emittierten **Treibhausgase** (Anteil Fussabdruck 60%). Droht eine **Klimakatastrophe**.
- Zu viele **endliche Ressourcen** werden genutzt. Die Regeneration der Ressourcen bzw. eine Kreislaufwirtschaft stecken erst am Anfang.

Das anhaltende Bevölkerungswachstum ist ein Grund für die Übernutzung, aber nicht der einzige. Und es besteht vielfach kein linearer Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl und Übernutzung der Erde.

- Jedes Land hat ein spezifisches Ressourcenpotential bzw. Regenerationskraft.
- Der Umwelt-Konsum pro Kopf ist u.a. einkommensabhängig und das Umwelt-Verhalten sehr unterschiedlich.
- Produktion und Organisation der Infrastrukturen haben sehr unterschiedliche ökologische Effekte. Die Ressourcen-, Energie-Effizienz und der Einsatz von grünen Technologien könnten die ökologische Belastung massiv reduzieren. Inventionen und Innovationen sind in diesem Zusammenhang gefragt.

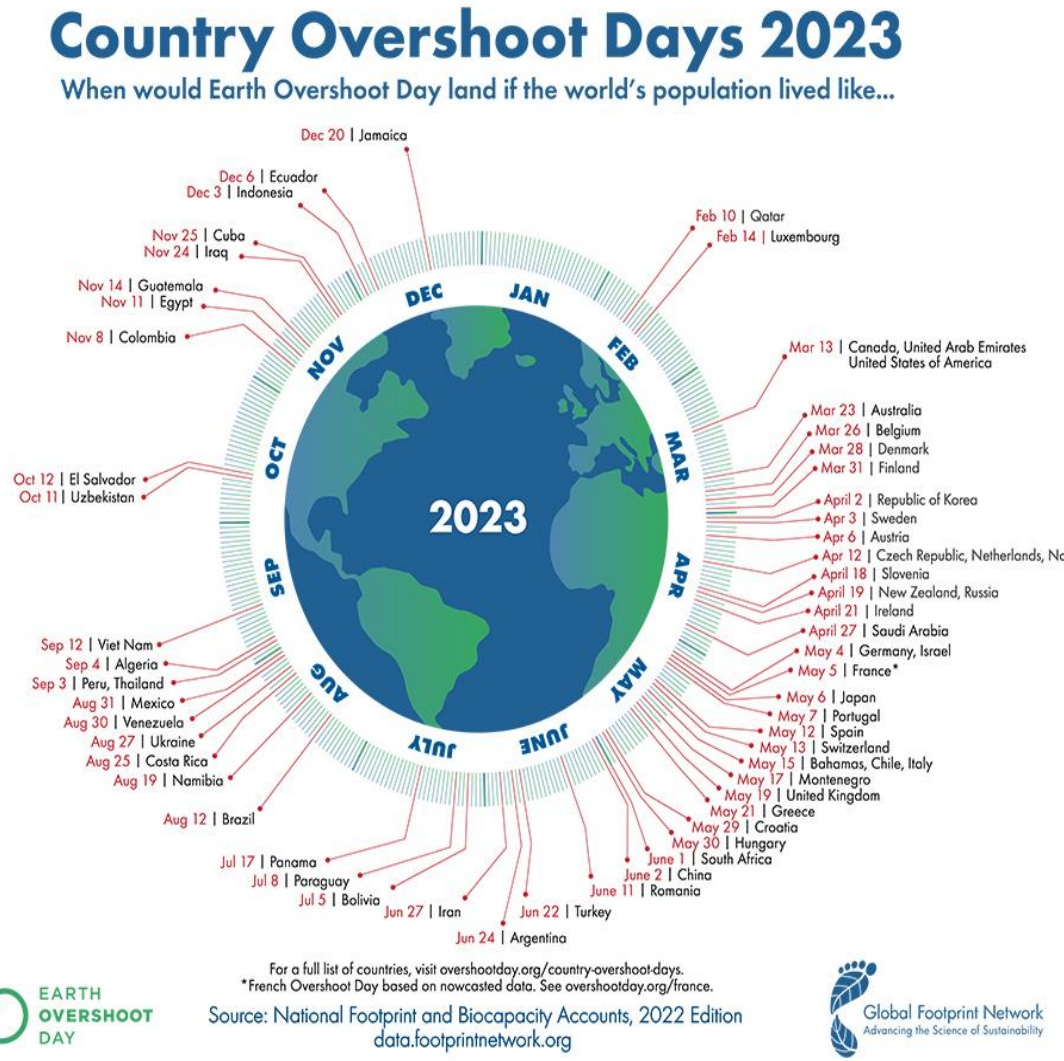


Katar an der Spitze. Schweiz Rang 21 mit Konsumüberschuss ab dem 13. Mai.

„Overshoot Day“ zeigt den Konsumüberschuss eines Landes aufgrund obiger Faktoren, also Bodennutzung, Ressourcenpotential, Pro Kopf Konsum etc.

- Katar steht mit dem sehr hohen Konsum an fossiler Energie an der Spitze, gefolgt von Luxemburg, USA, Australien, Belgien, Dänemark etc.
- Kongo hat sein Potential bereits am 2. April ausgeschöpft und lebt ab diesem Tag im Konsumüberschuss. Dies nicht etwa wegen des Konsums der Bevölkerung pro Kopf, sondern aufgrund der Ausbeutung von Rohstoffen (Kobalt, Lithium, seltene Erde etc.) und der Übernutzung seiner Urwälder.
- Die Schweiz folgt auf dem Rang 21 und überschreitet das Limit am 13. Mai.

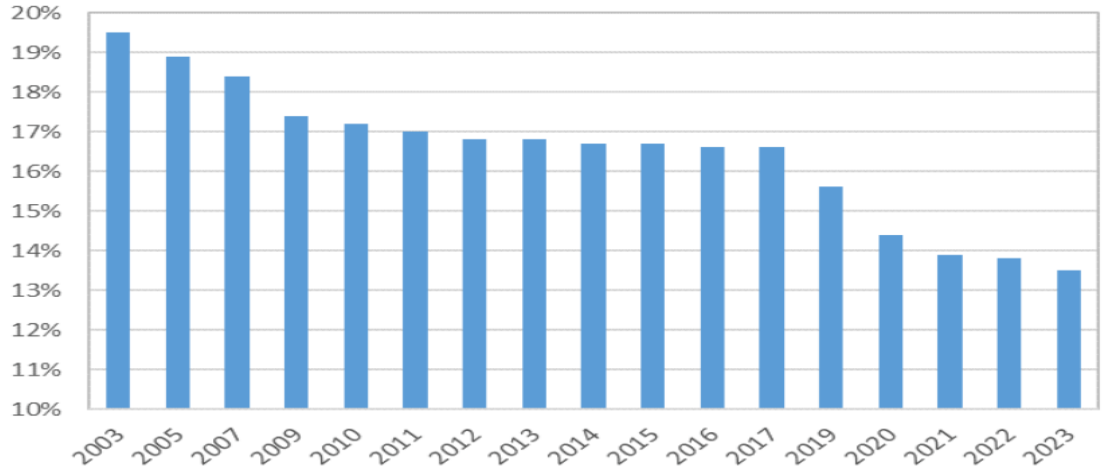
Fazit: Fragen der Migration haben einen Konnex zur Bevölkerungsentwicklung, die wiederum in einem Zusammenhang mit den Ressourcen, der Produktion, den Infrastrukturen sowie der Technologie steht. Diese Gemengelage macht das Thema „Migration“ so schwer fassbar. In jedem Fall ist es bei weitem zu kurz gegriffen, nur vom „BIP pro Land“ oder „BIP pro Kopf“ oder nur von der Zahl der Menschen mit ihren unterschiedlichen Qualitäten bzw. ihren negativen und positiven Effekten auf die Gesellschaft und Umwelt zu sprechen.
Im Prinzip müssen die ökologischen Hausaufgaben unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung und Migration gemacht werden. Mit der Migration wird tendenziell das Belastungsniveau des Ziellandes übernommen. Am Zielort müssen mehr Anstrengungen zur Wiederherstellung eines ökologischen Gleichgewichtes erfolgen.
Global erschwert jedes Bevölkerungswachstum das Erreichen eines ökologischen Gleichgewichtes. Wegen den zur Zeit geringen „Eigenlasten“ etwa in Afrika fällt dies aber erst ins Gewicht, wenn ein wenig nachhaltiges Wachstum realisiert wird.



Ausgangslage Sozialversicherungen Steuerbelastung Unternehmen

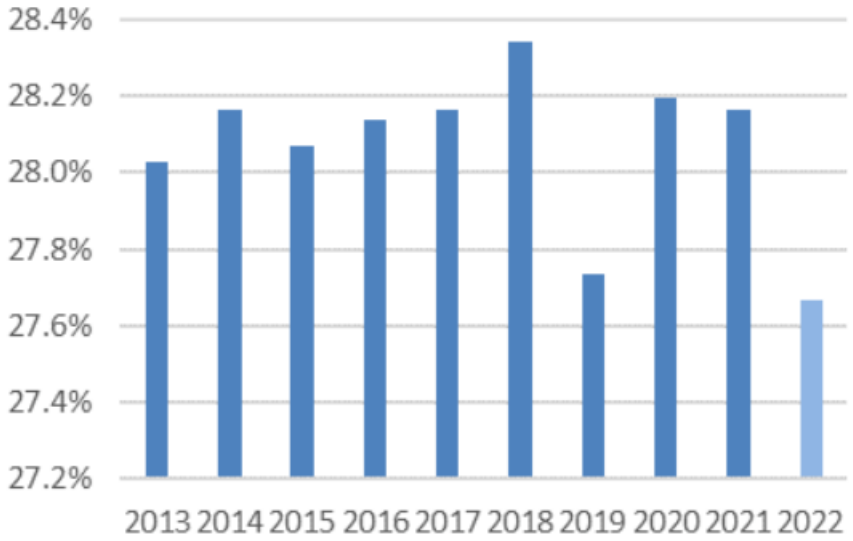
Quelle: Blog Daniel Lampart, SGB, 26.1.2024

Die Sozialbeiträge sind spürbar (?) gesunken und werden voraussichtlich weiter sinken. (Grafik rechts, ohne Familienzulagen, in Prozent)
Bis 2022 gingen die Prämien der **Unfallversicherung (UV**) in Prozent zurück. Ab 2024 beträgt die Suva-Prämie der Arbeitgeber noch 0.77 Prozent, gegenüber 0.9 Prozent im Jahr 2022. Auch die Beiträge an die **2. Säule** sanken.
Auf Anfang 2023 fiel das **Solidaritätsprozent auf hohe Einkommen** in der **Arbeitslosenversicherung (ALV)** weg. Voraussichtlich ab 2027 werden die Beitragssätze der ALV nochmals sinken, da die ALV Überschüsse von mehr als 1 Mrd. CHF/a macht: rechts unten in Mio. CHF. Ihr Eigenkapital wird gemäss den Seco-Prognosen 2027 so hoch sein, dass die Beiträge um rund 0.3 Lohnprozente gesenkt werden könnten.
Fazit: Sinkende Sozialversicherungen, Steuerbelastungen: Exzellente Ausgangslage. Migration hat zum positiven Ergebnis beigetragen.

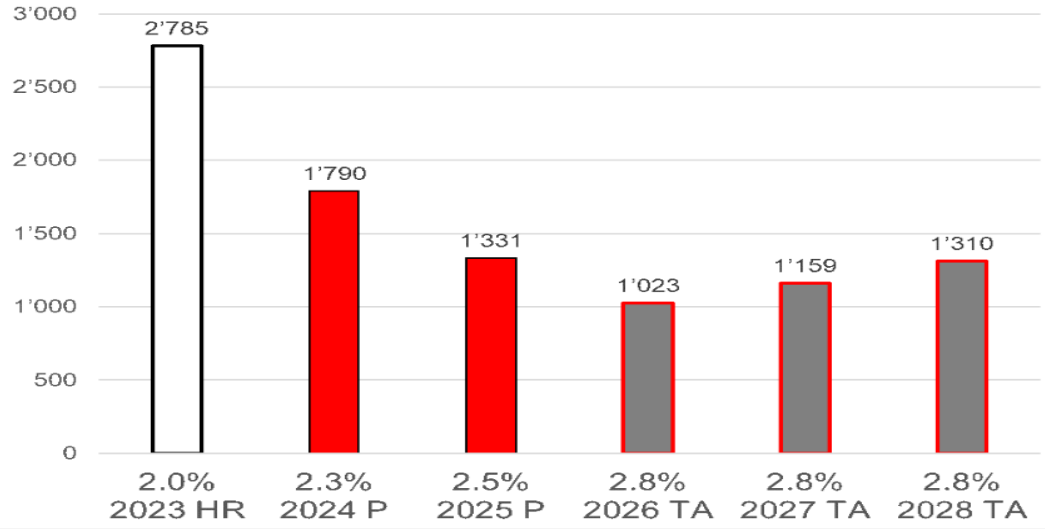


BAK-Taxation Index: Effektive durchschnittliche Steuerbelastung für Unternehmen (Schweizer Mittelwert in Prozent)

Beiträge an Sozialversicherungen AHV, IV, EO, UV und BV in Lohnprozenten (BV-Beiträge gewichtet mit Anteil BVG-Löhnen an Lohnsumme 2013-2020)



Überschüsse der Arbeitslosenversicherung in Mio. Fr. pro Jahr (gemäss Seco-Szenarien)



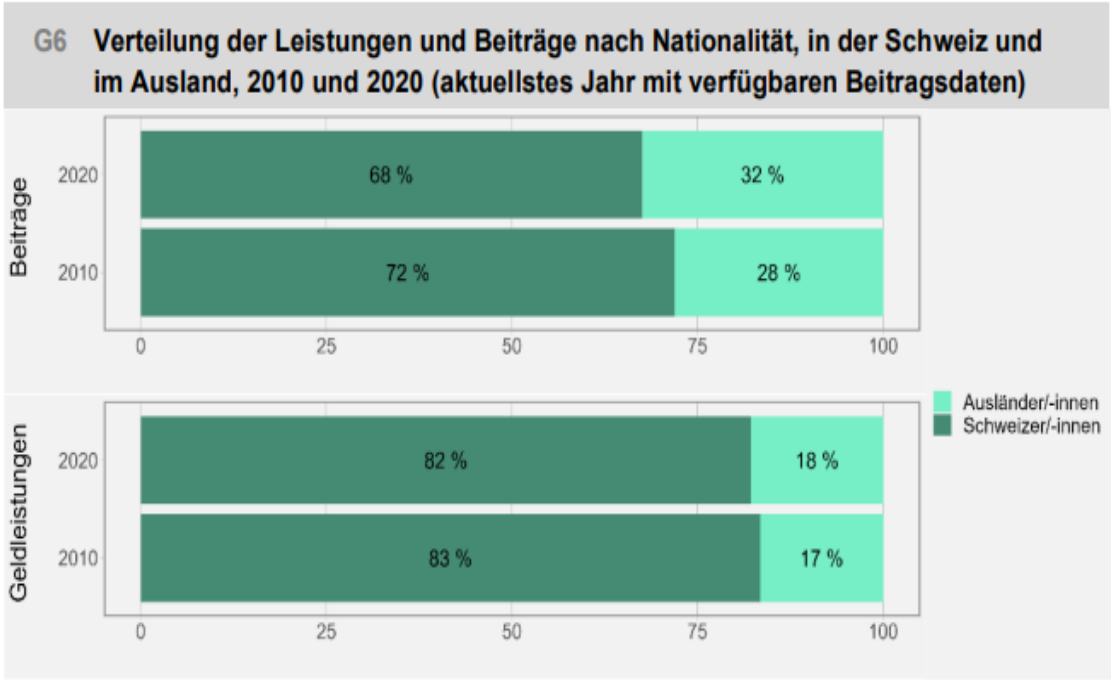
Sozialversicherungen und Migration: AHV, IV

Quelle: NZZ, 08.09.2020

Die **AHV profitiert kurz- und mittelfristig** von der Zuwanderung aus der EU und Drittstatten. Ohne sie wäre unsere wichtigste Sozialversicherung bereits vor Jahren in die roten Zahlen gerutscht. Ausländer aus der EU und der Efta tragen mit 32% (Stand 2020) zur Finanzierung der ersten Säule bei, sie beziehen aber nur 18 Prozent der Leistungen (Stand 2020). Die ausländischen Erwerbstätigen finanzieren mit ihren Beiträgen die laufenden Renten überproportional aufgrund ihres geringen Alters (⅔ waren zwischen 18 und 41 Jahre alt). Kurz- bis mittelfristig verschafft die Zuwanderung der AHV eine Verschnaufpause.

Längerfristig löst Migration die Probleme des Sozialwerks aber nicht. Denn die Beiträge, die Zuwanderer aus der EU und Drittstaaten heute einzahlen, haben in 30 bis 40 Jahren einen Rentenanspruch zur Folge. Einen positiven Beitrag leisten nur die Zahlenden mit einem überdurchschnittlichen hohen Einkommen.

Invalidenversicherung (IV): Diese ist ebenfalls umlage-finanziert. Zuwanderer tragen stark zur laufenden Finanzierung bei. Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU hat nicht zu einer Zunahme bei den Bezügern geführt. Die generell rückläufige Entwicklung der IV-Renten war bei Staatsangehörigen aus der EU und der Efta in den letzten Jahren sogar ausgeprägter als bei Schweizern. Erstgenannte tragen 26,5% zur Finanzierung der IV bei, beziehen aber nur 14,9 % der Leistungen.



Quelle: BSV, Auswertung des Rentenregisters und der IK

Sozialversicherungen und Migration: ALV, Sozialhilfe

Arbeitslosenversicherung (ALV): „Negativ fällt die Bilanz bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) aus. Staatsangehörige aus den EU- und Efta-Ländern zahlten 2018 25 Prozent der Beiträge ein, bezogen aber 31 Prozent der Leistungen. Bei ihnen besteht durchschnittlich ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden, als bei Schweizern. Ein Grund ist, dass sie häufiger in Branchen und Berufen tätig sind, die saisonal geprägt sind. Oft handelt es sich um befristete Einsätze im schlecht qualifizierten Bereich. Dafür können ausländische Arbeitskräfte praktisch nur noch in der EU rekrutiert werden. Je nach Nationalität gibt es jedoch Unterschiede. Während Deutsche und Franzosen mehr in die ALV einzahlten, als sie bezogen, ist es bei Zuwanderern aus süd- und osteuropäischen Staaten umgekehrt. Die Bilanz ist aber weniger schlecht als bei Ausländern aus Drittstaaten: Sie zahlten 5,2 Prozent der Beiträge und bezogen 13 Prozent der Leistungen.“ Quelle: NZZ, 8.9.2020.

Sozialhilfe: Im Jahr 2022 haben 256‘800 Personen Sozialhilfe bezogen (2.9% der Gesamtbevölkerung. 2005: 3.2%. 2021: Total 2.76 Mrd. CHF). Die Sozialhilfequote von Bürgern aus EU- und Efta-Ländern betrug 2018 2,9 %, während diejenige der Schweizer bei 2,2 % lag. Personen aus süd- und osteuropäischen Staaten bezogen häufiger Sozialhilfe als Zuwanderer aus nord- und westeuropäischen Ländern. Die Bezüge der Asylanten machen einen überdurchschnittlichen Anteil aus. In der folgenden Darstellung – Sozialhilfequoten Schweizer/Ausländer – sind die Asylanten einbezogen.

BFS, Sozialhilfeempfängerstatistik, 2022.

Sozialhilfe in CH-Städten: CH-Ausländische Bevölkerung. 2018-2022. Quelle: Kennzahlenbericht «Sozialhilfe in Schweizer Städten», (BFS).

14 Städte und ¼ aller CH- Sozialhilfebeziehenden im Vergleich: Basel, Bern, Biel, Chur, Lausanne, Luzern, St.Gallen, Schaffhausen, Schlieren, Uster, Wädenswil, Winterthur, Zug , Zürich (Grafiken rechts).

«**Rückgang der Sozialhilfefälle:** Zahl Sozialhilfefälle im Durchschnitt der Städte ist gegenüber dem Vorjahr um 2.6 Prozent gesunken. Dazu hat unter anderem die gute Arbeitsmarktlage beigetragen.

Trend zu tieferen Sozialhilfequoten (Sozialhilfebeziehende/Gesamtbevölkerung): In 10 von 14 Städten sind die Sozialhilfequoten gesunken oder gleichgeblieben, teils zum wiederholten Male. Nur in 4 Städten sind die Sozialhilfequoten gestiegen.

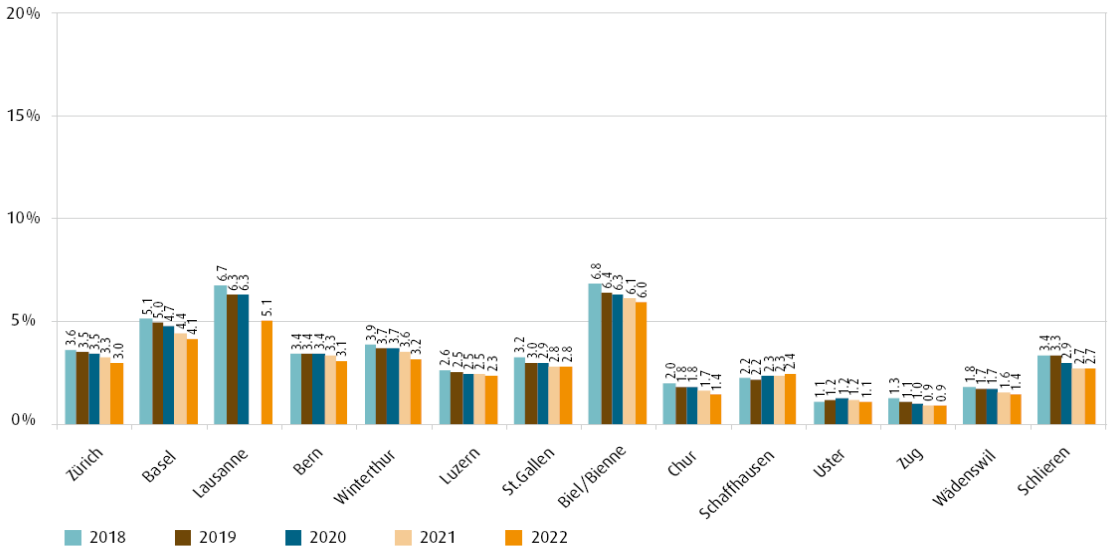
Deutlich weniger neue Fälle: In der Mehrheit der Städte hat sich die Zahl der Neuaufnahmen deutlich verringert. Im Durchschnitt betrug die Reduktion 11.1 % gegenüber dem Durchschnitt der drei Vorjahre.

Die Städte leisten überdurchschnittlich viel für die Integration von Geflüchteten: In allen grösseren Städten leben anteilmässig mehr Geflüchtete als im Durchschnitt des jeweiligen Kantons. Die Sozialhilfe übernimmt zunehmend Integrationsaufgaben.

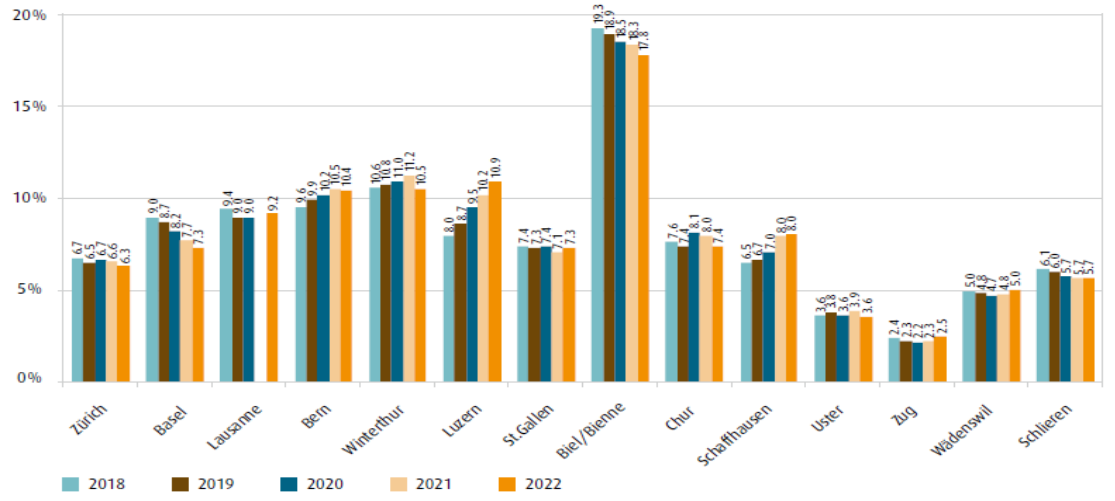
Geflüchtete sind häufiger erwerbstätig als andere Sozialhilfebeziehende: 36 Prozent der erwachsenen Geflüchteten, die Sozialhilfe beziehen, sind erwerbstätig. Bei den übrigen Sozialhilfebeziehenden sind es 23 Prozent.»

Fazit: Bezüglich Sozialhilfe bestehen aufgrund der Nationalität deutliche Unterschiede. Aufgrund u.a. der guten Arbeitsmarktlage hat die Sozialhilfe insgesamt abgenommen. Sie spielt im Flüchtlingsbereich eine wichtige Integrationsrolle.

Grafik 20: Sozialhilfequoten der Schweizerinnen und Schweizer, 2018 bis 2022



Grafik 19: Sozialhilfequoten der ausländischen Wohnbevölkerung, 2018 bis 2022



Anmerkung: Für Lausanne besteht ein Vorbehalt bezüglich der Datenlage 2022 und für 2021 liegen keine plausiblen Daten vor.
Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik.

Wie hoch ist die Sozialhilfequote der Zuwanderer?

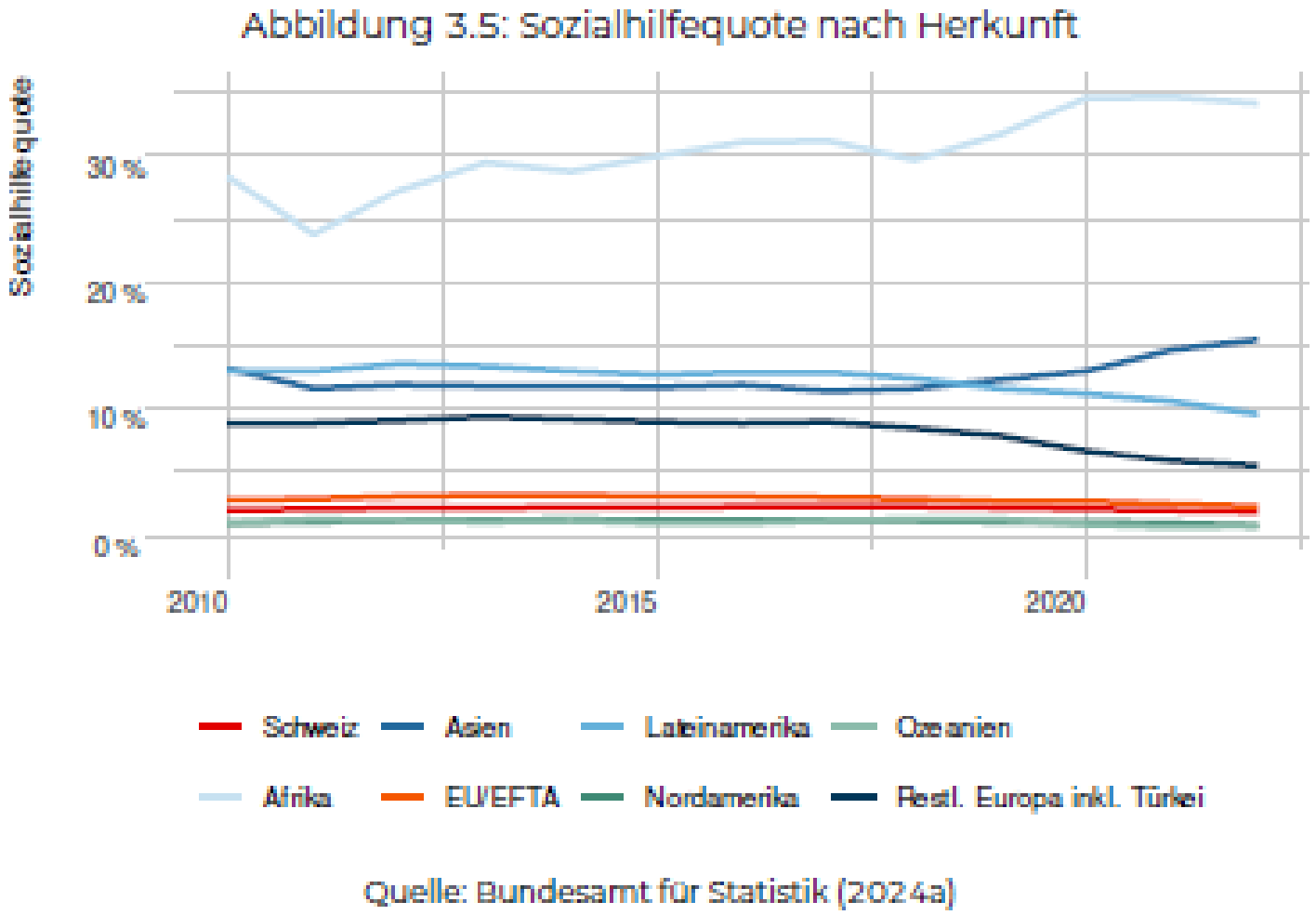
Quelle: Portmann et al., IWP, POLICY PAPERS 04. 2024.

Bezug Sozialhilfe:

- Rund 2% aller Schweizer
- Rund 6% aller Ausländer.
- Beide Quoten seit 2010 nahezu konstant.
- Rückgang bei Personen aus Lateinamerika und europäischen Nicht-EU/EFTA-Ländern zurück
- Anstieg bei Personen aus Asien und Afrika.

„Der Anstieg ist vor allem auf Übertritte aus dem Flüchtlingsbereich zurückzuführen. Stand 2022 bezogen 81% aller Personen im Flüchtlingsbereich Sozialhilfe[5].
Dabei sind 36% der Flüchtlinge mit Sozialhilfebezug erwerbstätig. (Bundesamt für Statistik, 2024a).

Zuwanderer im Rahmen des FZA beziehen seltener Sozialhilfe als Schweizer (1.7% vs. 2.4%); bislang ist kein Anstieg im Zeitverlauf festzustellen (Staatssekretariat für Wirtschaft, 2023).



Gesamtbilanz Steuern/Sozialbeiträge und Bezüge Sozialleistungen: Pierre-Alain Bruchez

Quelle: Die Volkswirtschaft.8-9, 2018. Seite 61-64.

In einer Gesamtbilanz der Bezahlung von Steuern und Sozialbeiträgen sowie des Bezugs von Sozialleistungen (**Tabelle „Fiskalbilanz“)** durch Immigranten kommt Pierre-Alain Bruchez zum Schluss, dass kurzfristig, aber nicht langfristig, insgesamt ein positives Ergebnis resultiert. Es werden insgesamt mehr Steuern und Sozialbeiträge bezahlt als direkt Sozialleistungen pro Monat bezogen (total 729 CHF). Langfristig resultiert ein Defizit von Minus 405 CHF. Die Immigration hat kurzfristig einen positiven direkten Einfluss auf die Fiskalbilanz, langfristig einen negativen. Die Alterung schlägt auch bei der ausländischen Bevölkerung negativ zu Buche. Die Herkunft der Zugewanderten, ihre Qualifikation und ihre Verweildauer in der Schweiz beeinflussen die Fiskalbilanz wesentlich: Positive Bilanzen kurz-, langfristig für Personen aus „EU17 Nord / Efta“ und „übrige Welt“. Negativ v.a. „Übriges Europa“.

Im Prinzip müssten die anfänglichen Überschüsse der Migranten gespart werden, um die künftige negative Bilanz zumindest teilweise zu kompensieren. Der AHV-Fonds könnte in einer Übergangsphase erhöht werden. Je höher mit einer Verzinsung (Diskontfaktor) gerechnet wird, desto höhere Erträge werden erzielt. Es wird – zumindest rechnerisch – eine positivere Bilanz erreicht. So wird bei einem Zins von 3% ein Plus von 1‘091 CHF erzielt.

Fiskalbilanz für einen durchschnittlichen Immigrantenhaushalt nach Herkunft

Herkunft	Monatliche Fiskalbilanz (in Fr.)		Summe der diskontierten Fiskalbilanz (in Fr.)		
	Kurzfristig	Langfristig	Diskontfaktor		
	(Zugewanderte 2003–2009)	(Gleichgewichts-bevölkerung)	0%	2%	3%
EU17 Nord/Efta	1754	544	108 850	117 532	118 562
EU17 Süd	424	−515	−104 594	−11 538	7101
Übriges Europa	−937	−1448	−770 683	−414 807	−328 039
Übrige Welt	611	398	76 683	69 854	66 200
Total	729	−405	−106 050	−18 536	1091

Die Tabelle zeigt, dass die Fiskalbilanz im Durchschnitt zu Beginn positiv ist und langfristig negativ wird. Der diskontierte Betrag ist negativ bei einem Diskontfaktor von 0 oder 2 Prozent und leicht positiv bei einem Faktor von 3 Prozent.

RAMEL, UND SHELDON (2012) SOWIE NEUE WERTE VON SHELDON

Fazit: Kurzfristig tragen die mehrheitlich jüngeren und vielfach gut qualifizierten Migranten zu einer positiven Fiskalbilanz bei. Längerfristig ist dies nur sehr knapp der Fall, wenn die „Überschüsse“ verzinst werden. Je qualifizierter, d.h. je höhere Steuerleistungen und Abgaben geleistet werden, desto eher fällt ein Plus an. Längerfristig ist die Zuwanderung kein Weg zur Finanzierung der Sozialwerke. Die strukturellen Probleme (drohende Defizite von rund 150 Milliarden CHF im Jahr 2050 gemäss offiziellen Daten) werden zeitlich einfach hinausgeschoben.

Gesundheitswesen Quelle: NZZ: 08.09.2020,

Finanzierung des Gesundheitssystem mit positiver Unterstützung durch Ausländer: Die ausländische Wohnbevölkerung beteiligt sich gleich wie die SchweizerInnen an der Finanzierung des Gesundheitswesens.

- **Prämienverbilligungen mit einem Plus für Ausländer gegenüber Schweizern:** Die Ausländer in der Schweiz bezahlen dieselben Prämien und profitieren unter denselben Bedingungen von Prämienverbilligungen, falls sie in bescheidenen Verhältnissen leben. In einem Bericht von 2017 wird die Umverteilung durch die Prämienverbilligung ausserhalb der Sozialhilfe analysiert und alle Ausländer mit den Schweizern verglichen (NZZ, 2020). Fazit: Im Durchschnitt werden die Ausländer hier wie auch bei der Sozialhilfe stärker unterstützt als die Schweizer (plus 120 Franken Verbilligung pro Kopf und Jahr).
- **Ausländer sind Nettozahler für die Grundversicherung:** Trotz des „Gewinns" bei den Prämienverbilligungen sind die Ausländer insgesamt Nettozahler des Gesundheitswesen, weil die Schweizer wegen ihres höheren Alters mehr Kosten verursachen. Per Saldo bezahlen Ausländer ausserhalb der Sozialhilfe etwa 500 Franken pro Kopf und Jahr mehr an die Grundversicherung, als sie daraus beziehen. Diese Quersubventionierung könnte dauerhaft sein, da manche Ausländer die Schweiz im Alter wieder verlassen. In der Altersgruppe 55+ lag der Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung in den letzten drei Jahren jeweils mit 7000 bis 8000 Personen im Minus.

Ausländer sind eine wichtige Stütze für das Gesundheitswesen durch ihren Arbeitseinsatz: Das Gesundheitswesen ist besonders stark auf Fachkräfte aus der EU angewiesen, weshalb sich die involvierten Verbände vehement für die Beibehaltung der Freizügigkeit einsetzen. Eine Auswertung durch Avenir Suisse ergab, dass EU-Bürger 19 Prozent der Stellen im Gesundheitswesen innehaben. Der Zuwachs sei in keiner anderen Branche grösser gewesen (plus 69'000 Stellen seit 2002). Die zusätzlichen ausländischen Beschäftigten übertreffen mit Sicherheit die zusätzlich Pflegebedürftigen aufgrund der Migration. Ein Stopp der Migration würde die – angebliche – Überlastung des Gesundheitswesen keineswegs verhindern. Dafür ist die Nachfrage zusätzlich im Verhältnis zu den ansässig Pflegebedürftigen viel zu gering.

Die Schweiz spart in einem hohen **Ausmass teure Ausbildungskosten** vor allem für Personal im Arzt- und Pflegefachdienst. Bei den Herkunftsländern führt dies zu verlorenen Investitionen und Personalmangel im Gesundheitswesen, aber auch zu einem schmerzhaften **Brain-Drain.**

Es ist eine offene Frage, inwiefern das Personal ohne Freizügigkeitsabkommen weiterhin in den EU-Ländern rekrutiert werden könnte. Alleine angesichts der sich insgesamt verschärfenden Arbeitsmarktlage in der EU dürfte dies schwieriger werden und mit weit höheren bürokratischen Hürden verbunden sein, wenn keine gemeinsamen Regeln mehr mit der EU bestünden.

Fazit: Das Gesundheitswesen wird in mehrfacher Weise durch die „Migration" positiv alimentiert: Nettozahler Grundversicherung, überdurchschnittliche Arbeitsleistungen auf allen Qualitätsstufen. Die ungenügende Ausbildungsleistung im schweizerischen Gesundheitswesen wird durch einen für die Herkunftsländer höchst schädlichen „Brain-Drain" wettgemacht. Es ist zynisch, die Kostenexplosion oder Überlastungen des Gesundheitswesens den „Migranten" anzulasten. Es wäre bedauerlich, wenn diese unverantwortliche Haltung dereinst zu „Migranten-Streiks" führen würde, wenn es dem ausländischen Personal im Gesundheitswesen notwendig erscheinen würde, die realen Zusammenhänge stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken.

Gestiegene Mietpreise: Sehr differenziert je nach u.a. Mietrecht

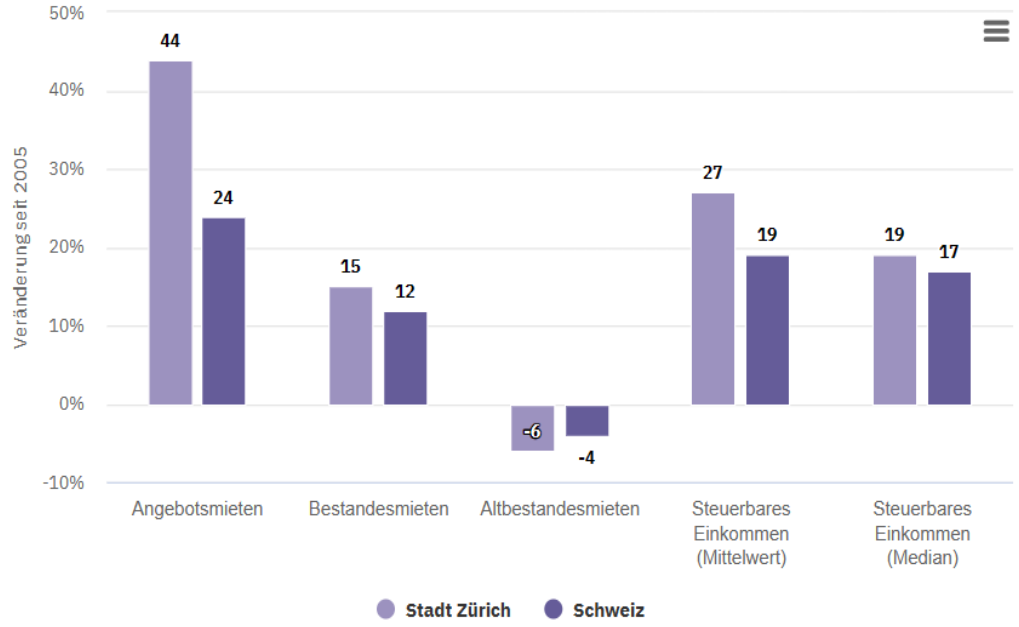
Quelle: Luc Zobrist, Simone Hofer, Silvan Galliker (2024). Sind die Mieten tatsächlich so stark gestiegen? *Die Volkswirtschaft*, 23.1.2024.

Die Mietpreise sind schweizweit in den letzten rund 20 Jahren gestiegen (siehe Abb.1), aber sehr differenziert.

Angebotsmieten: Wachstum von 24 %. Vergleichbare Wohnungen sind auf Onlineportalen fast ¼ teurer als 2005. Städtische Gebiete mit weit höherer Nachfrage als ländliche Gebiete, z.B. Stadt Zürich (plus 44% seit 2005), weisen deutlich höhere Preisanstiege auf. In den letzten beiden Jahren konnte das Angebot nicht mehr mit der Nachfrage mithalten, was den Effekt noch verstärkt hat.

Bestandesmieten: Unterschiede zwischen Schweiz und Stadt Zürich viel geringer: Der Preisanstieg fällt mit 12 bzw. 15 Prozent wesentlich tiefer aus. Hauptursache für vergleichsweise moderate Zunahme ist das Mietrecht, das Preisanpassungen von bestehenden Mietverhältnissen nur unter bestimmten Umständen zulässt. Unter anderem wenn sich die Inflation oder der Referenzzinssatz ändern. Da Letzterer zwischen 2008 und 2022 in neun Schritten von 3,5 auf 1,25 Prozent gesenkt wurde, konnten viele Mieterinnen von einer Mietzinssenkung profitieren.
Langjährige Mieter konnten folglich mehrere Mietzinssenkungen durchsetzen. Das bestätigt der sogenannte Altbestandesmietindex, der nur Mietverhältnisse abbildet, die seit mindestens 2005 bestehen. Wer seither nie seine Wohnung gewechselt hat, zahlte nominal Ende 2022 im Schweizer Durchschnitt 4 Prozent weniger Miete als 2005 – in der Stadt sogar 6 Prozent weniger."

Abb.1: Mietpreise sind in der Stadt Zürich stärker gestiegen als im CH Schnitt



Quelle: Wüest Partner / IAZI / Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) / Statistisches Amt Kanton Zürich / Die Volkswirtschaft

Anmerkung: Die Daten zu den Mietpreisen umfassen die Jahre 2005–2022, die Daten zu den steuerbaren Einkommen 2005–2021. Alle Daten sind nominal

Anteil der Miete am Einkommen bleibt relativ konstant

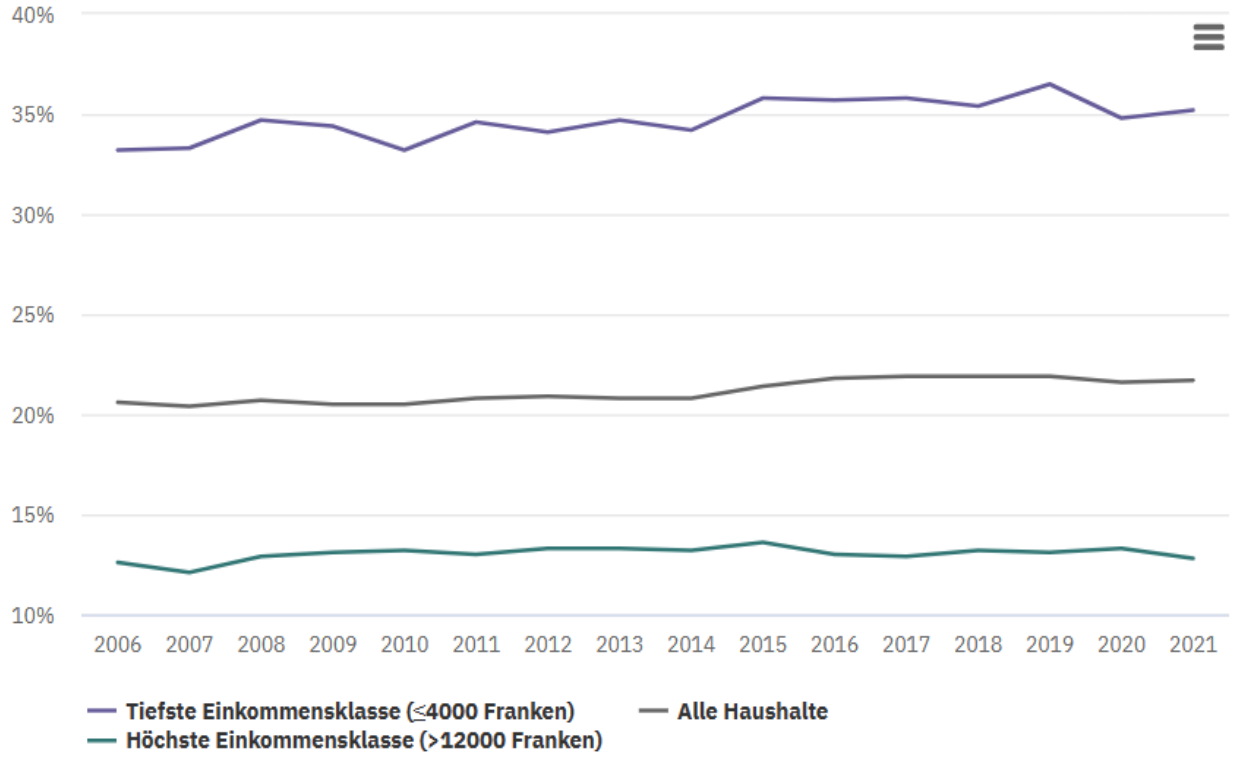
Angebotsmietpreise in Relation steuerbares Einkommen (siehe Abb. 1 auf vorheriger Folie): Die steuerbaren Einkommen sind seit 2005 schweizweit nominal durchschnittlich um 19%, in der Stadt Zürich um 27% gestiegen. Sie konnten also nicht mit dem Wachstum der Angebotsmieten mithalten (24% bzw. 44%).

Bestandesmietpreise in Relation Einkommen: Die Durchschnittseinkommen sind jedoch sowohl in Zürich wie auch schweizweit stärker gestiegen als die Bestandesmieten, welche um 12% bzw. 15% angehoben wurden. Für eine vergleichbare Wohnung muss man heute folglich einen geringeren Teil des Einkommens aufwenden.

Stabile Relation Mieten/Einkommen: Wie aus der Grafik rechts ersichtlich ist (Alle Haushalte), hat sich der Anteil der Mietausgaben (inkl. Nebenkosten) am Bruttoeinkommen im Durchschnitt aller Schweizer Haushalte zwischen 2006 und 2021 nur geringfügig verändert – er ist von 20,6 auf 21,7 Prozent gestiegen. Dabei wird tendenziell eine qualitativ bessere Wohnung genutzt.

Die stabile Entwicklung ist sowohl für die höchste Einkommensklasse (monatliches Brutto-Haushalteinkommen > 12’000 Schweizer Franken) mit jeweils ca. 13 % Anteil als auch für die tiefste Einkommensklasse (unter 4000 Schweizer Franken) mit 35% für die Miete von 2006 bis 2021 relativ stabil.

In einer Studie von BASS (Auftrag Mieterverband) wird eine jährliche Umverteilung von Mietern zu Eigentümern von 10 Mrd. CHF moniert. Aufgrund der getätigten Sanierungsinvestitionen, den gestiegenen Baukosten ist dieser Betrag wohl um einiges zu hoch. Ein Teil der 10 Mrd. CHF ist aber sehr wohl den gestiegenen Bodenpreisen geschuldet.



Quelle: Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) / Bundesamt für Statistik (BFS) / Die Volkswirtschaft

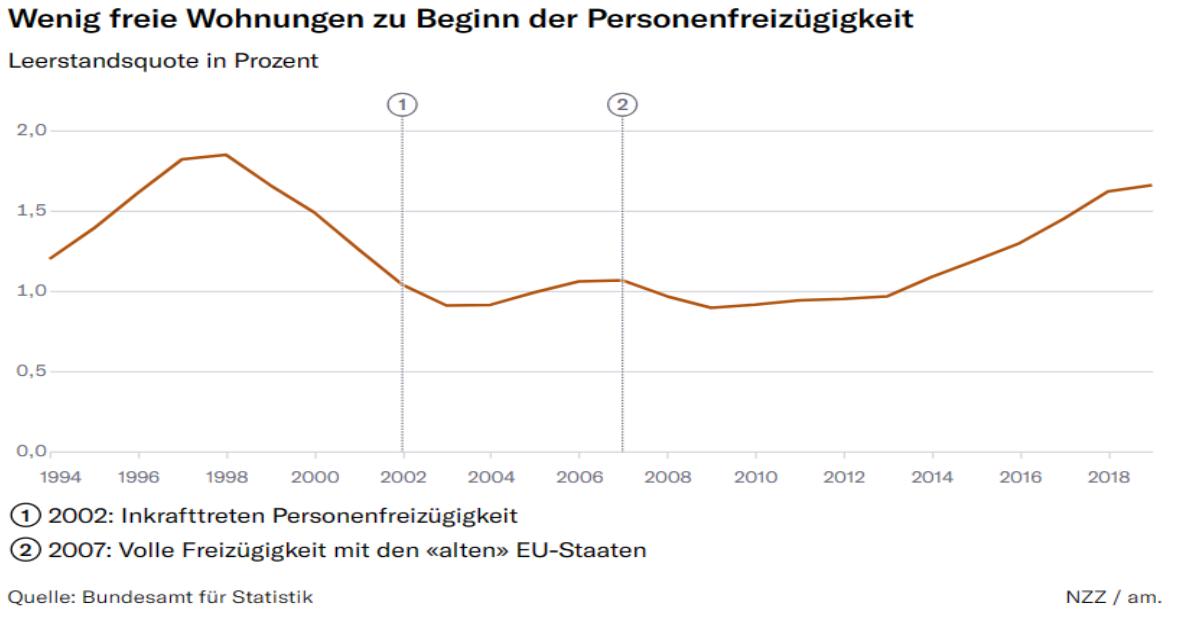
Wohnungsmarkt und Migration

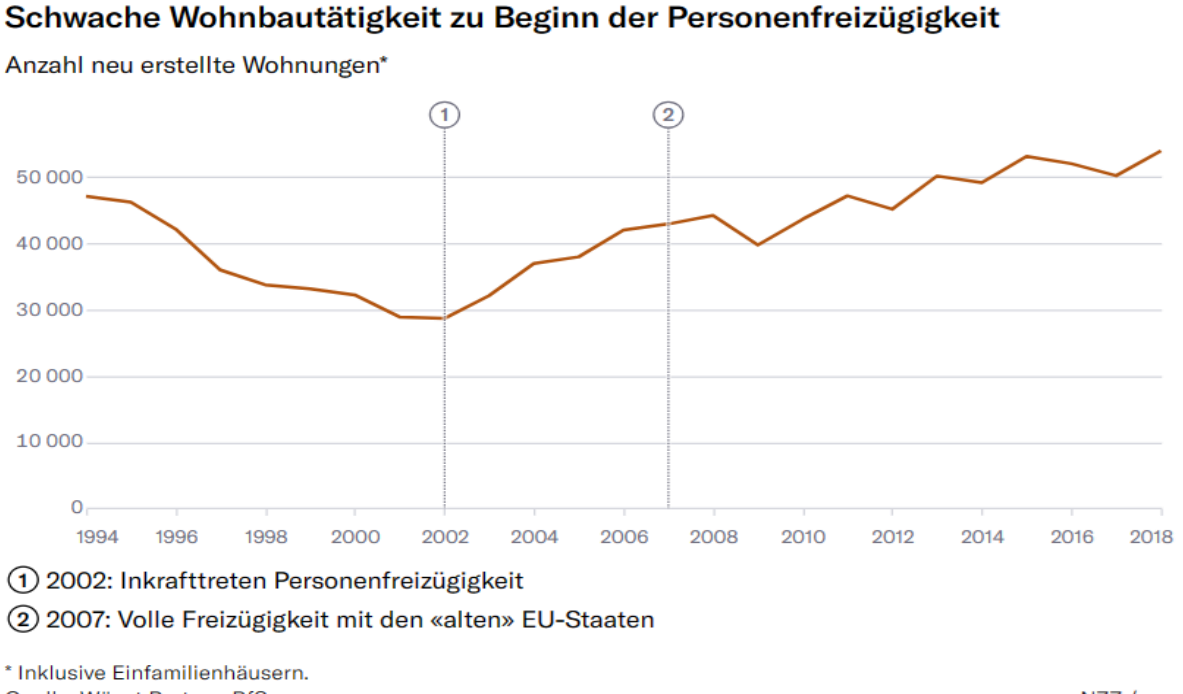
Die gestiegene Migration ab 2002 wird in den meisten Untersuchungen für höhere Immobilien- und Mietkosten mitverantwortlich gemacht.

Dabei hängt das Ausmass stark von der Verfassung des Immobilienmarktes und der Bautätigkeit ab:

- Bei geringem Leerwohnungsbestand (2002 unter 1%) und geringer Bautätigkeit hat die zusätzliche Wohnungsnachfrage überproportionale Verknappungs- und Preiseeffekte ausgelöst.
- In grösseren Städten mit der höchsten Zuwanderung und der ausgeprägtesten Knappheit wurden unterschiedliche Reaktionen festgestellt: Bis 2016 soll eine Nettoeinwanderung von 1 Prozent der ansässigen Bevölkerung kurzfristig (das heisst ohne Reaktion des Angebots) die Hauspreise um 1,8 Prozent, die Preise von Eigentumswohnungen um 2,4 Prozent und die Mietkosten um 2,2 Prozent erhöht haben. NZZ 14.03.2023.
- Gleichzeitig wurden verzögerte Anpassungsprozesse ausgelöst, so ab 2005 bis 2015: Ein Anstieg der Wohnungsmieten pro Quadratmeter um 10 Prozent erhöht das Angebot um 14 Prozent, und eine Verteuerung der Hauspreise um 10 Prozent erhöht das Angebot um 4 Prozent. NZZ 14.03.2023.
- Nach 2015 trat bei vermehrter Bautätigkeit eine gewisse Entspannung ein. Ab 2017 hiess es dann, der Markt sei nun wieder im Gleichgewicht. Danach begann auf dem Mietwohnungsmarkt relativ rasch die Entwicklung in Richtung Überangebot, weil die Zuwanderung deutlich zurückging, aber immer noch sehr viele Mietwohnungen gebaut wurden.
- Seit 2020/21 sind vor allem in Städten mit erhöhter Zuwanderung und geringerer Bautätigkeit (höhere Zinsen) wiederum deutliche Anspanngen festzustellen.

Fazit: Die Zuwanderung hat einen Einfluss auf höhere Immobilien- und Wohnungspreise. Entscheidend ist aber auch die Marktverfassung bezüglich Leerstandsquote und Wohnbautätigkeit: Je grösser das Angebot, desto geringer die Preiseffekte.



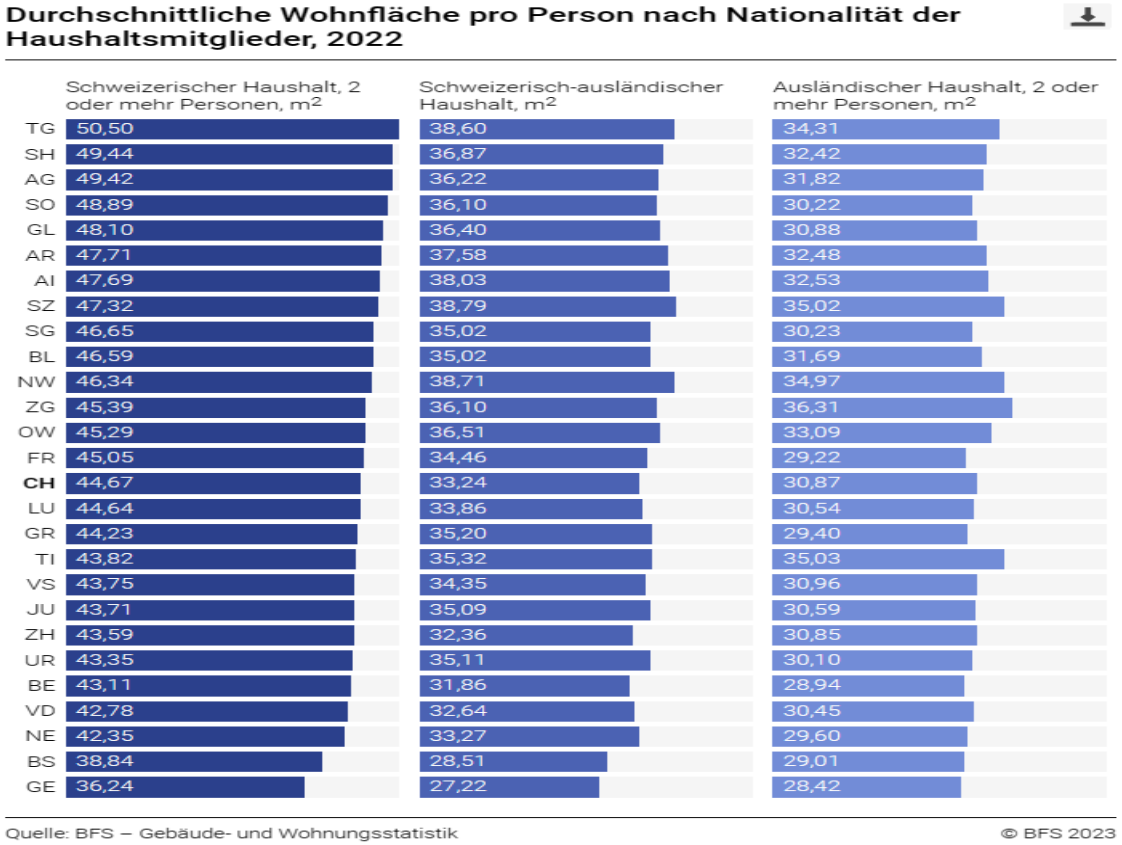


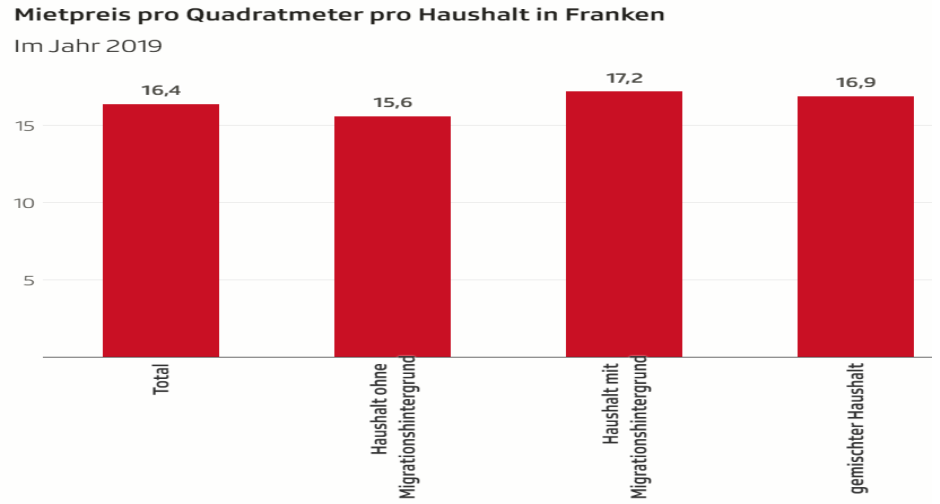
Wohnflächen Bevölkerung/Migration: Unterschiede Flächenansprüche, Kosten

Haushalte mit Migrationshintergrund:

- belegen um ca. 40 % geringere Wohnflächen (Schnitt 32 m^2/ Person gegenüber Schweizern mit 45 m^2/Person). In ländlichen Gebieten sind diese – auch für Schweizer – deutlich höher als in Städten.
- bezahlen für vergleichbare Wohnflächen ca. 10% höhere Mietkosten, da sie sich primär auf dem Markt mit Angebotsmieten (teilweise Neubau) eindecken müssen. "Ihre Wohnungen sind zudem beengter, lärmiger und weniger bequem." (BFS). Durchschnittlich bezahlten Personen ohne Migrationshintergrund 15.60 CHF pro Quadratmeter Wohnraum im Jahr 2019. Ohne Schweizer Wurzeln kostete der Quadratmeter 1.60 CHF mehr. (Grafik rechts)

Der Wohnflächenanspruch pro Person ist in den letzten Jahren weniger stark gestiegen. In den Städten hat er sogar abgenommen.





Ethnische Diskriminierung auf dem Schweizer Wohnungsmarkt

Bericht an das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) vom Februar 2019

Studie von Daniel Auer, Julie Lacroix, Didier Ruedin und Eva Zschirnt:

„Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass ethnische Diskriminierung, also Ungleichbehandlung aufgrund der Herkunft, auch auf dem Schweizer Wohnungsmarkt vorkommt.

Während Wohnungssuchende mit Namen aus den Schweizer Nachbarländern (Deutschland, Italien, Frankreich) sogar etwas häufiger zu Wohnungsbesichtigungen eingeladen wurden als Schweizer Interessentinnen und Interessenten, haben Personen mit kosovarischen (Antwortrate knapp 3 Prozent tiefer) oder türkischen Namen (Antwortrate etwa 5 Prozent tiefer) signifikant weniger Chancen, eingeladen zu werden.

Ob die Interessentinnen und Interessenten mit ausländisch klingenden Namen eingebürgert waren oder aber angaben, eine Niederlassungsbewilligung zu besitzen, spielte dabei kaum eine Rolle. Lediglich bei fiktiven Wohnungssuchenden mit türkischem Namen kam es gar zu einer stärkeren Diskriminierung von eingebürgerten Personen gegenüber jenen mit Niederlassungsbewilligung.

Des weiteren ist zu beobachten, dass Eigenschaften der Wohnung sowie der lokale Kontext, also Lage und Eigenschaften der Gemeinde, in welcher sich das Mietobjekt befindet, die beobachtete Diskriminierung teilweise beeinflusst. Bei höheren Mietpreisen für ein Objekt resultiert eine höhere positive Antwortrate für alle Wohnungssuchenden – unabhängig von ihren Namen. Ähnlich steht eine höhere Leerstandsquote in der Gemeinde im Zusammenhang mit einer höheren Rück-Antwortrate, ausser für Personen mit kosovarischen Namen.

Darüber hinaus ist in urbanen Regionen die Wahrscheinlichkeit deutlich geringer, dass Personen mit ausländischen Namen diskriminiert werden. Umgekehrt werden Personen mit ausländisch klingenden Namen weniger häufig eingeladen, wenn in der Gemeinde, in der sich das Mietobjekt befindet, restriktive politische Haltungen gegenüber Immigration vertreten werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ethnische Diskriminierung im Schweizer Wohnungsmarkt in einer ähnlichen Grössenordnung vorkommt, wie sie vergleichbare Studien in anderen westlichen Ländern ermittelt haben.“

Wohnungsmarkt: Prekäre Wohnverhältnisse von Personen mit Asylhintergrund

Quelle: raumdaten & sotomo (2017). Wohnsituation von Personen mit Asylhintergrund. Zustand und Herausforderungen in der Schweiz. Bundesamt für Wohnungswesen, Grenchen.

Personen mit Asylhintergrund leben eher in prekären Wohnverhältnissen

- „Sie verfügen im Vergleich zur Schweizer Bevölkerung nur über halb so viel Zimmer und nur über die Hälfte der Wohnfläche pro Person."
- „Sie konzentrieren sich in älteren Mietshäusern mit vielen Bewohnenden. Über 20 Prozent wohnen an Lagen mit starker Strassenlärmbelastung (>60 dB). "
- „Wohnsituation von Personen mit Asylhintergrund ist vergleichbar mit Personen ohne Asylhintergrund aus ähnlichen Herkunftsländern."
- „Vorläufig Aufgenommene (F-Ausweis) – mit ihrem provisorischen Status – befinden sich in besonders prekären Wohnsituationen, in der Regel solange als sich Kinder im Haushalt aufhalten. "

Durchmischung trotz Segregation

- „Personen mit Asylhintergrund ziehen bei einem Ortswechsel tendenziell in Gemeinden, in denen bereits viele Personen aus vergleichbaren Herkunftsländern leben (ausgeprägter als bei anderen ausländischen Personengruppen aus ärmeren Herkunftsländern (Nicht-OECD-Länder))."
- „Trotzdem keine räumliche Abkapselung. Reine ‚Flüchtlingshäuser' gibt es in der Schweiz kaum: Die meisten Personen mit Asylhintergrund leben in einem Umfeld mit mehrheitlich anderen Personengruppen zusammen."
- „Immerhin leben zwischen 10 und 20 Prozent der untersuchten Personen in Wohnhäusern, die zu mehr als zwei Dritteln von ausländischen Personen aus nicht-OECD-Ländern bewohnt werden. Am häufigsten ist dies bezeichnenderweise bei vorläufig Aufgenommenen der Fall.

Verbreitete Landflucht – Konzentration in grossen und kleineren Kernstädten

- „Die räumliche Verteilung der Personen mit Asylhintergrund gestaltet sich recht ausgeglichen zwischen den Grossregionen (Lac Leman, Basel, Zürich, Espace Mitteland etc.).
- „Innerhalb der Grossregionen konzentrieren sich Personen mit Asylhintergrund auffällig stark in grossen und kleineren Kernstädten. Sie leben besonders selten im ländlichen Raum."
- „Die Analyse des Umzugsverhaltens zeigt, dass mit dem Übergang zur freien Wohnstandortwahl eine markante Landflucht einsetzt. Dabei ist es nicht primär die Stadt als solche, die anziehend auf diese Personengruppe wirkt. Vielmehr ist es ein Mix von Faktoren: Es leben dort bereits mehr ausländische Personen aus vergleichbaren Herkunftsregionen und es besteht ein höherer Anteil an grossen Mietshäusern. Des Weiteren spielt auch die politische Einstellung der ansässigen schweizerischen Bevölkerung eine Rolle. Eine geringere Skepsis gegenüber Migration erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Zuzugs. Aus Sicht der Fachpersonen spielen neben Anonymität und Toleranz im urbanen Raum auch die Nähe zu Arbeitsplätzen und kulturspezifischen Angeboten eine Rolle. Besonders bedeutsam sei jedoch die Haltung der Gemeindebehörden. Während insbesondere städtische Gemeinden Unterstützungsmassnahmen anbieten, gäbe es andere, die gezielt Hindernisse aufbauen. Etwa indem sie die Mietzinsrichtlinien für Sozialhilfebeziehende so tief ansetzen, dass diese in der betreffenden Gemeinde keinen Wohnraum finden."

Fazit: Asylanten leben vielfach in prekären Wohnverhältnissen. Es findet eine räumliche Konzentration in den städtischen Gebieten über die ganz Schweiz verteilt statt (ausser Tessin). Gleichwohl gelingt eine ausreichende Durchmischung, welche eine recht gute Integration ermöglicht. Von einer Ghettoisierung wie in Schweden, Deutschland, Beneluxstaaten, Frankreich kann nicht gesprochen werden.

Bedrohte Landwirtschaft: Sinkende Eigenversorgung, Kulturlandverlust, bedrohte Biodiversität, mehr Produktionsausfälle / Food Waste und Migration?

Quelle: https://swiss-food.ch/artikel/globale-ereignisse-erfordern-anpassungen

Die Schweiz verfügt über eine breite Versorgung mit Lebensmitteln mit einer beinahe unendlichen Auswahl. Eine hohe Verfügbarkeit ist eine Selbstverständlichkeit. Dabei will die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung und der Bundesrat die Landwirtschaft erhalten und schützen. Lokale Produktion und Kulturlandschaft sind hoch im Kurs. Gemäss des fenaco-Stadt-Land-Monitors 2023 liegt der **durchschnittlich erwünschte Eigenversorgungsgrad bei den Lebensmitteln bei 70 Prozent**. Angesichts der geopolitischen Spannungen und der Pandemieerfahrungen will die Bevölkerung, dass möglichst viele Lebensmittel in der Schweiz produziert werden. Die steigende Bevölkerungszahl – die primär auf die Migration zurückzuführen ist – und das abnehmende Kulturland aufgrund von mehr Siedlungsflächen (Wohnen, Wirtschaft, Verkehr, Freizeit etc.) machen dies aber zu einer Herkulesaufgabe. Der **Netto-Selbstversorgungsgrad** der Schweizer Landwirtschaft ist **von 55 Prozent im Jahr 2012 auf 45 Prozent im Jahr 2021** (Bericht von Agroscope) gesunken.

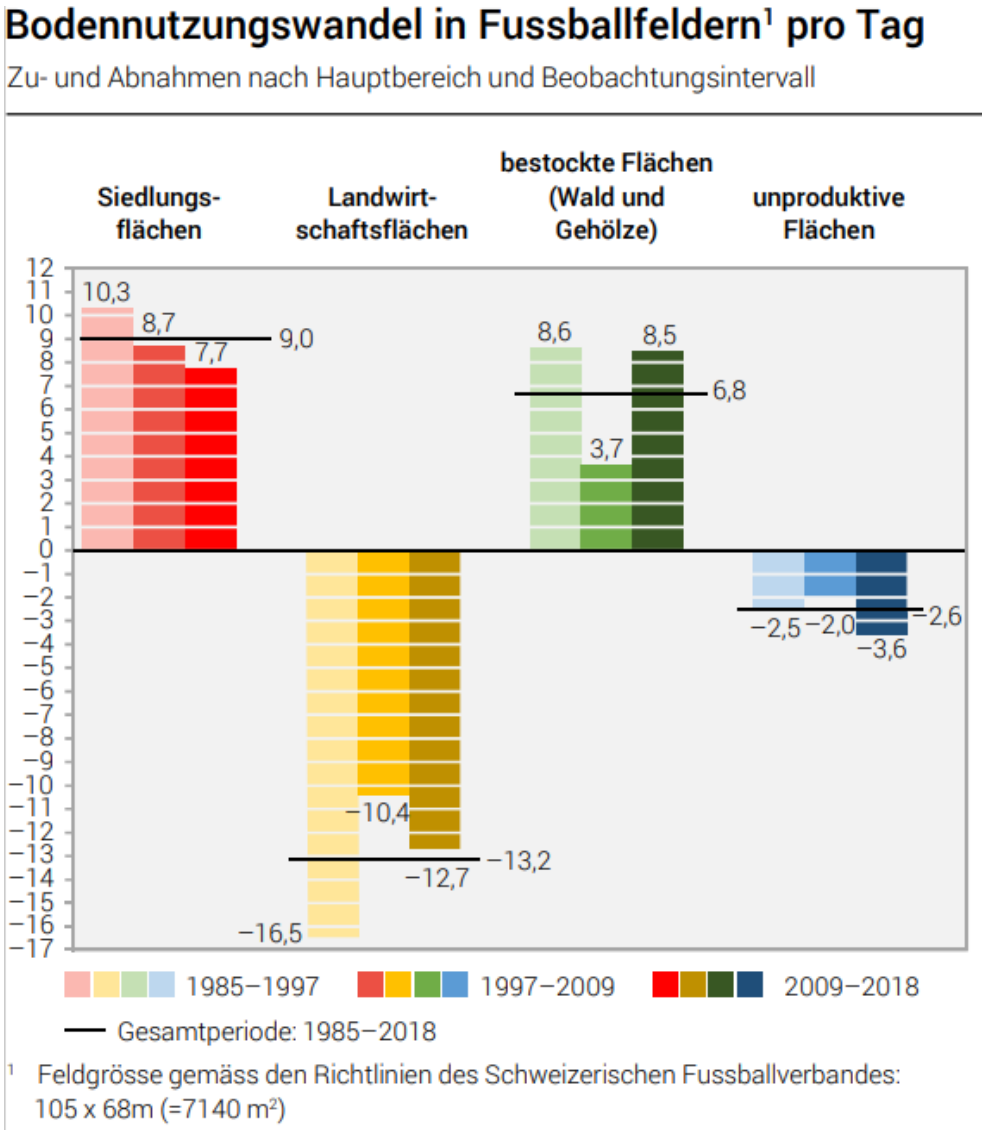
Im Prinzip bestehen für die Lebensmittelversorgung verschiedene Handlungsoptionen:

- Naheliegend und sehr wahrscheinlich ist eine noch effizientere Nutzung der vorhandenen Landwirtschaftsflächen. Im Klartext heisst dies: vermehrter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die Biodiversität gerät damit tendenziell noch mehr unter die Räder, was von vielen Schweizerinnen und der Politik beargwöhnt wird. Die Bauern haben deshalb immer weniger Möglichkeiten, ihre Kulturen auf dem Feld zu schützen. Die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln hat in den letzten Jahren dramatisch abgenommen: Allein zwischen 2016 und 2021 sind an die 40 Wirkstoffe und rund 250 Produkte verschwunden. Immer mehr Kulturen haben keinen wirksamen Schutz mehr, darunter Kartoffeln, Zuckerrüben, Raps, Obst, Beeren oder Reben. Die Produktivität auf dem Feld nimmt ab, Food Waste und Ernteausfälle nehmen wegen den fehlenden Pflanzenschutzmitteln zu (Lagebericht Pflanzenschutz 2023, Schweizerischer Bauernverband). Die Behörden reagieren zunehmend mit zeitlich begrenzten Notzulassungen. Bei der zuständigen Verwaltung stapeln sich die Gesuche für Neuzulassungen von Pflanzenschutzmitteln. Die aktuelle Zulassungspraxis ist für Bauern gemäss Bauernverband existenzbedrohend.
- Die Schweiz importiert noch mehr Lebensmittel aus dem Ausland was der global ausgerichteten Schweizer Volkswirtschaft entspricht. Der möglichst freie Handel wird auch in der Landwirtschaft mit weiteren Freihandelsabkommen forciert. Dabei ist ein ökologischer Landbau grundsätzlich nicht unmöglich, aber aufgrund von Welthandelsregeln stark limitiert. Die weiteren Marktöffnungen stehen dabei in Kritik von Seiten der Landwirtschaft und teilweise Grün-Linker Seite. Für weniger entwickelte Länder eröffnen sich mehr Exportchancen, ein erwünschter Entwicklungsimpuls.
- Es wird eine Umstellung der Ernährungsgewohnheiten vorgenommen: Weg von der tierischen Versorgung, mehr vegetarische und vegane Produkte. Der Selbstversorgungsgrad könnte massiv erhöht werden. Gemäss Berechnungen der Agroscope könnte ohne tierische Produkte gegen 100% Selbstversorgung erreicht werden. Gleichzeitig würden gewaltige positive ökologische Effekte erzielt: Mehr Biodiversität, geringere Belastung der Gewässer, weniger Luftverschmutzung etc.

Fazit: Die wachsende Bevölkerung verschärft die Konflikte zwischen Eigenversorgung, Ökologie, Kulturlandverlust. Eine Entschärfung der Konflikte kann effektiv nicht durch eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft, sondern nur durch Umstellung der Anbaumethoden und Ernährungsgewohnheiten sowie mehr Agrarimporte erzielt werden. Der konsequente Import von ökologischen Agrarprodukten ist zurzeit durch die internationalen Handelsbestimmungen blockiert. Nicht mal das CH-Niveau bezüglich Ökologie kann durchgesetzt werden, was die inländische Produktion benachteiligt.

«Bodennutzungswandel»: Gefühl der «Enge», «Dichtestress» ?

- 1985-1997 nahm die Siedlungsfläche pro Tag um 10.3 Fussballfelder (71.4 a) zu. Trotz steigendem Bevölkerungswachstum in den Perioden 1997-2009 und v.a. 2009-2018 wuchs die Siedlungsfläche «nur» noch 7.7 Fussballfelder pro Tag, was im Jahr 20 km2 oder die Fläche des Walensee (24km2) bzw. des Murtensee (23km2) ausmacht.
- Der Rückgang der Landwirtschaftsfläche beschleunigte sich in der Periode 2009-2018 wiederum. Pro Jahr gingen 33 km2 oder mehr als die Fläche des Luganersee (30km2) verloren. Ceteris paribus gibt es in der Schweiz in rund 300 Jahren – also im Jahr 2320 oder in 12 Generationen – kein Landwirtschaftsland mehr.
- Die recht bedeutsamen Veränderungen der «Bestockten Flächen» bzw. «Unproduktiven Flächen» ist primär auf den landwirtschaftlichen Strukturwandel mit Extensivierung und Intensivierung zurückzuführen.
- **Fazit**: Die Versiegelung der Flächen ist in jüngster Zeit primär auf die Migration zurückzuführen, da sich die ansässige Bevölkerung mehrheitlich kaum mehr zusätzliche Wohnflächen leisten kann oder will – v.a. in zentralen Lagen. Es entstehen je nach Lebensverhältnissen, Disponibilität etc. Gefühle der «Enge» bzw. «Dichtestress».
- Das prognostizierte Wachstum von Plus 50% BIP und 1.5 Mio. Personen bis 2050 wird sich ceteris paribus massiv auswirken:
  - Zusätzliche Nutzung von ca. 500 km2 Siedlungsfläche (ca. 1.2% der CH-Fläche bzw. ca. 10% der bestehenden Siedlungsfläche). Es müssten im grossen Stil Einzonungen vorgenommen werden.
  - Verlust von Agrarland in der Grössenordnung von 825 km2 (ca. 2% der CH-Fläche oder ca. 10% der Agrarfläche ohne Alpen).
  - Alternativ könnten forcierte Verdichtungen der bestehenden Siedlungen vorgenommen werden. In den Baureglementen müssten entschiedene Anpassungen umgesetzt werden: Höhere Geschossanzahlen, höhere Ausnutzungsziffern, geringere Grenzabstände, Aufhebung von Bestimmungen der Denkmalpflege etc.

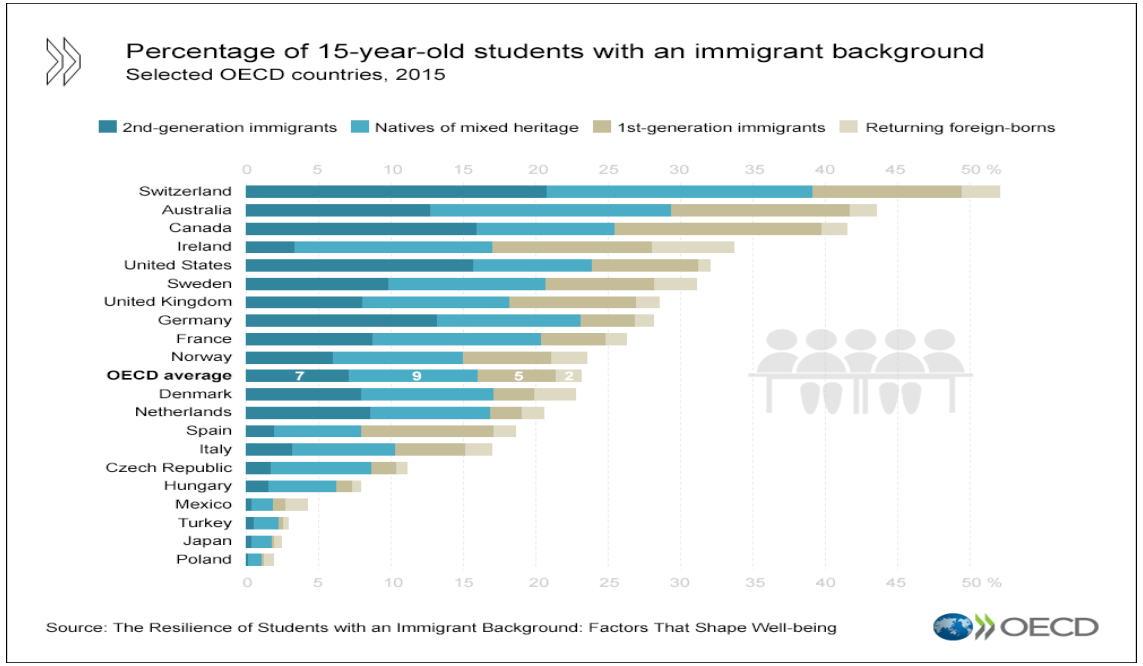


Bildung/Grundschule – Migration?: Hoher Migrationsanteil

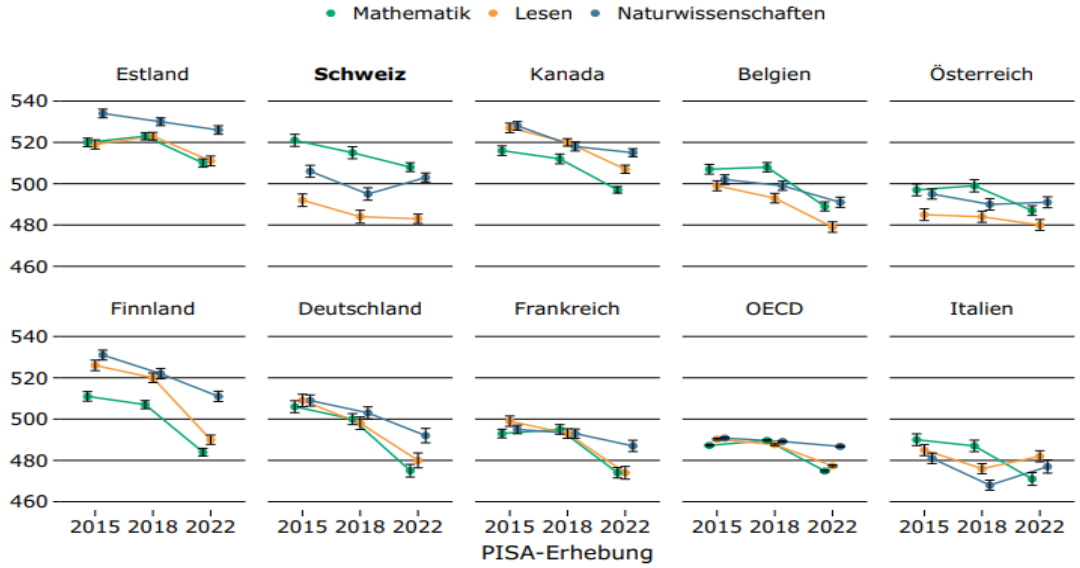
PISA-Studie 2022: Abwärtstrend teilweise gestoppt

- Gemäss OECD hat die Schweiz im Vergleich zu ausgewählten Ländern – in Relation zum insgesamt hohen Migrationsanteil – rund 50% 15-jährige Schulkinder mit zumindest teilweisem Migrationshintergrund.
- In den Städten gibt es Schulklassen mit bis zu fast 100% Schulkindern mit Migrations-hintergrund. Es gibt Schulklassen, in denen praktisch niemand den Dialekt als Muttersprache spricht.
- **PISA-Studie 2022: Die Schweiz im Vergleich (Offizielle Beurteilung):**
  - „Die Schweiz gehört zu den 18 Ländern, die in allen drei Domänen „Mathematik“, “Lesen“, „Naturwissenschaften“ bessere Ergebnisse erzielen als der OECD-Durchschnitt und ihre SchülerInnen schneiden gut bis sehr gut ab.
  - Der geringfügige Abwärtstrend in den **„Naturwissenschaften**“ zwischen 2015 und 2018 wurde aufgehalten.
  - Die Ergebnisse von 2022 liegen hier auf dem Niveau von 2015. Die Ergebnisse im **„Lesen**“ blieben stabil.
  - Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist ein wichtiger Indikator für Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich. Schülerinnen und Schüler mit benachteiligter sozialer Herkunft erzielen bei PISA-Erhebungen (2003–2022) im Durchschnitt schlechtere **„Mathematikleistungen“.** Dieser Zusammenhang hat zuletzt zugenommen: Der Leistungsunterschied zwischen sozial benachteiligten und privilegierten Schülerinnen und Schülern war noch nie so gross wie bei PISA 2022.“

Fazit: Die offizielle Beurteilung der PISA-Ergebnisse ist eher etwas blauäugig. Es wird nicht wirklich kommentiert, dass die Schweiz nicht zu den Spitzenländer wie Korea, Taiwan, Finnland etc. gehört. Eine eigentliche Trendwende der seit Jahren festgestellten Negativ-entwicklung kann für die Schweiz nicht wirklich festgestellt werden. Auf mögliche Zusammenhänge Grundbildung – Migration wird in der PISA-Studie nicht eingegangen. Insgesamt stellt der Primarschulbereich mit hohen Burnout Zahlen der Lehrerschaft, fehlenden Lehrern etc. ein Problemkind dar. Zur Vertiefung des Themas müsste auf weitere Literatur zurückgegriffen werden, was an dieser Stelle nicht möglich ist.



Durchschnittliche Leistung im Trend für alle drei Domänen von PISA 2015 bis PISA 2022 in der Schweiz und in den Vergleichsländern



Bildung & Forschung – Migration

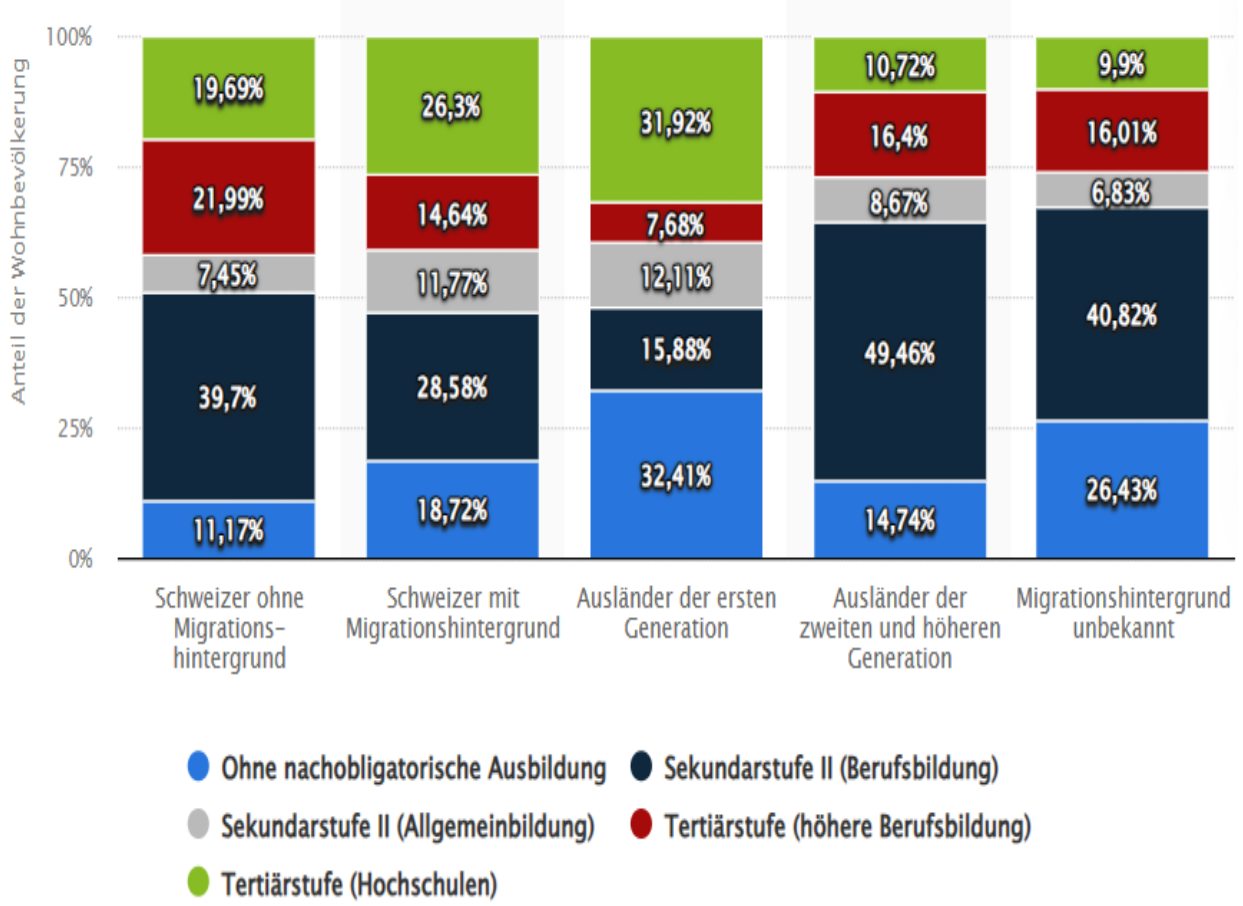
Im Jahr 2021 besassen rund 26,3 Prozent der Schweizer mit einem Migrationshintergrund einen Hochschulabschluss als höchste abgeschlossene Ausbildung. Bei den Schweizern ohne Migrationshintergrund hatten rund 19,7 Prozent einen Hochschulabschluss.

Bei den Ausländern der ersten Generation haben sogar 31.9% einen Hochschulabschluss, was auf einen hohen Anteil „qualifizierter“ Einwanderung schliessen lässt.

Auf der anderen Seite haben in der ersten Generation 32.41% keine nachobligatorische Ausbildung. Es werden – wie bereits erwähnt – Berufe abgedeckt, die von der ansässigen Bevölkerung kaum mehr – oder zumindest nicht zu den gebotenen Löhnen – gemacht werden.

Das Bild der „Ausländer der zweiten und höheren Generation“ in der Grafik rechts kann als Hinweis verstanden werden, dass die Integration mit einer „Verschiebung“ in den Mittelstand einhergeht: Die Nachkommenschaft von Haushalten mit einem Abschluss der „Tertiärstufe mit Hochschule“ bewegt sich tendenziell ins „Mittelfeld“ der Bildungsstufen. Von den Haushalten „Ohne nachobligatorische Ausbildung“ findet ein Aufstieg ins „Mittelfeld“ statt.

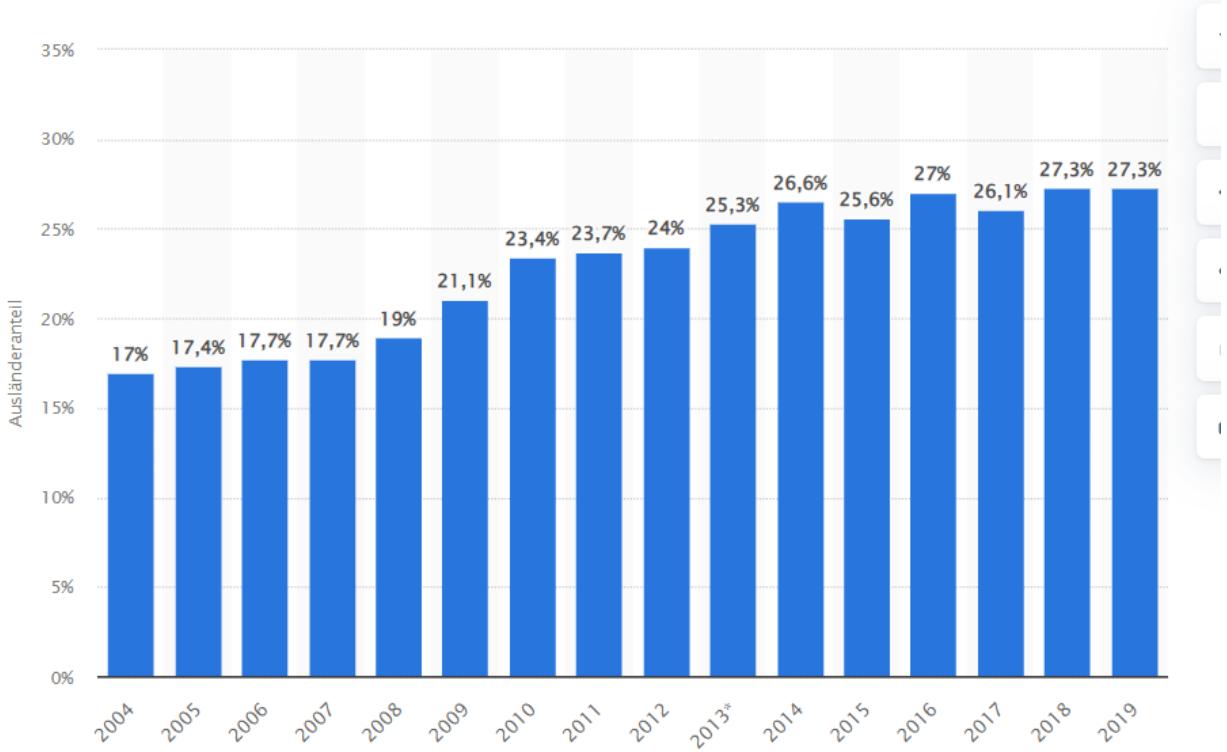
Bildungsstand der Wohnbevölkerung in der Schweiz nach Migrationsstatus im Jahr 2021



Bildung & Hochschulen – Forschung

- Im Jahr 2021 waren insgesamt rund 51% der Professoren an den Schweizer Universitäten ausländischer Herkunft.
- An den Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen in der Schweiz beträgt der Anteil ProfessorInnen ausländischer Herkunft insgesamt 27,3% . Im Jahr 2004 lag dieser Ausländeranteil noch bei 17% .
- Im Jahr 2021/2022 waren 32,7 Prozent der Studierenden an Universitäten in der Schweiz Ausländer.
- Forschung an Hochschulen und Wirtschaft: Der Anteil der Forschenden ausländischer Herkunft ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich. Es werden Fachkräfte aus der ganzen Welt rekrutiert. Ein Beitrag zur Exzellenz des Forschungsstandortes Schweiz wird geleistet.
- Fazit: Migranten sind für den Bildungs- und Forschungs-standort Schweiz von grosser Bedeutung. Der Nutzen ist erheblich, lässt sich aber nur schlecht beziffern. In der öffentlichen Wahrnehmung spielen sie kaum eine Rolle.

Ausländeranteil bei Professoren an Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen in der Schweiz von 2004 bis 2019



Migration & Gesamtenergienachfrage: Frohe Botschaft. Absoluter und pro Kopf-Verbrauch sinken trotz Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum

3.1.1 Endenergieverbrauch pro Person und Jahr

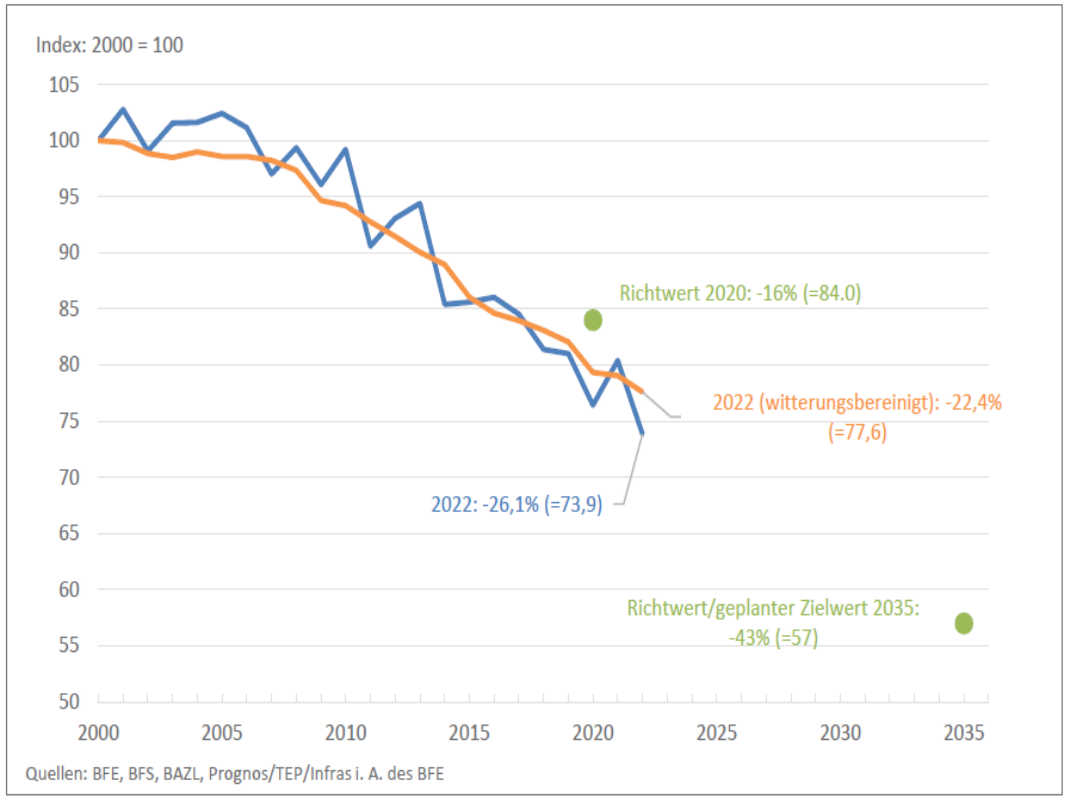


Abbildung 3: Entwicklung des Endenergieverbrauchs[6] pro Kopf seit 2000 (indexiert)

Bei der Mobilität wird immer noch grossmehrheitlich von einem engen Zusammenhang „Wachstum/Verkehr“ ausgegangen. Dies galt lange auch für die Energie – und wird etwa auch von der SVP heute noch so kolportiert.

Inzwischen ist der Energiebereich ein Beispiel für die Abkoppelung des Wachstum vom Energieverbrauch:

- Der Endenergieverbrauch pro Kopf hat seit 2000 abgenommen, wie die Grafik zeigt.
- Der absolute Endenergieverbrauch hat 2000-2022 um 9,8% abgenommen, während die Bevölkerung in diesem Zeitraum um 22,2% zugenommen hat.
- Der mittlere Rückgang betrug in den letzten 10 Jahren rund 1,6 Prozent pro Jahr.

Bis 2035 soll der Endenergieverbrauch pro Kopf gegenüber dem Jahr 2000 um 43 Prozent abnehmen. Die Abbildung links zeigt, dass Effizienzsteigerung gemäss gesetzlichen Vorgaben in etwa auf Kurs ist.

Der absolute Endenergieverbrauch hat über die gesamte Betrachtungsperiode 2000 bis 2022 abgenommen, da die verbrauchsmindernden Effekte die verbrauchstreibenden Effekte überkompensiert haben:

- Verbrauchstreibend wirkten hauptsächlich Mengeneffekte; dazu werden alle «reinen» Wachstumseffekte gezählt wie die Wirtschaftsleistung insgesamt (exkl. Struktureffekte), Bevölkerung, Energiebezugsflächen und Motorfahrzeugbestand.
- Verbrauchsmindernde Effekte: Politische Massnahmen und der technologische Fortschritt. Zusätzlich wirkten sich zwischen 2000 und 2022 Substitutionseffekte aus, welche durch den Wechsel zwischen Energieträgern entstehen. Dazu gehören der Ersatz von Heizöl mit Erdgas und zunehmend mit Fernwärme, Umgebungswärme und Holz sowie die Substitution von Benzin mit Diesel.

Migration & Stromnachfrage: Halbwegs frohe Botschaft. Strom pro Kopf-Verbrauch sinkt trotz Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Reicht aber nicht.

3.1.2 Stromverbrauch pro Person und Jahr

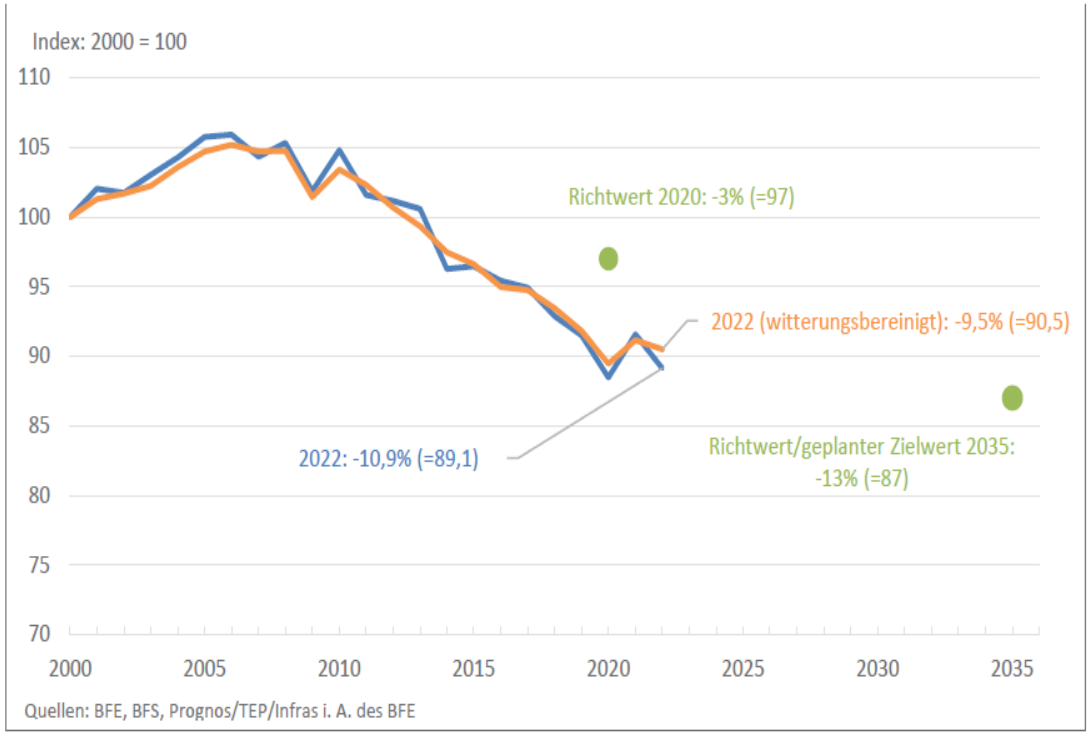


Abbildung 4: Entwicklung des Stromverbrauchs pro Kopf seit 2000 (indexiert)

- Seit 2006 ist auch der Stromverbrauch drückläufig, wie *Abbildung 4* zeigt.
- Der absolute Stromkonsum hat zwischen 2006 und 2022 um 1,3 Prozent abgenommen, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 17,3 Prozent gestiegen ist.

Bis 2035 soll der Stromverbrauch pro Kopf gegenüber dem Jahr 2000 um 13% abnehmen.

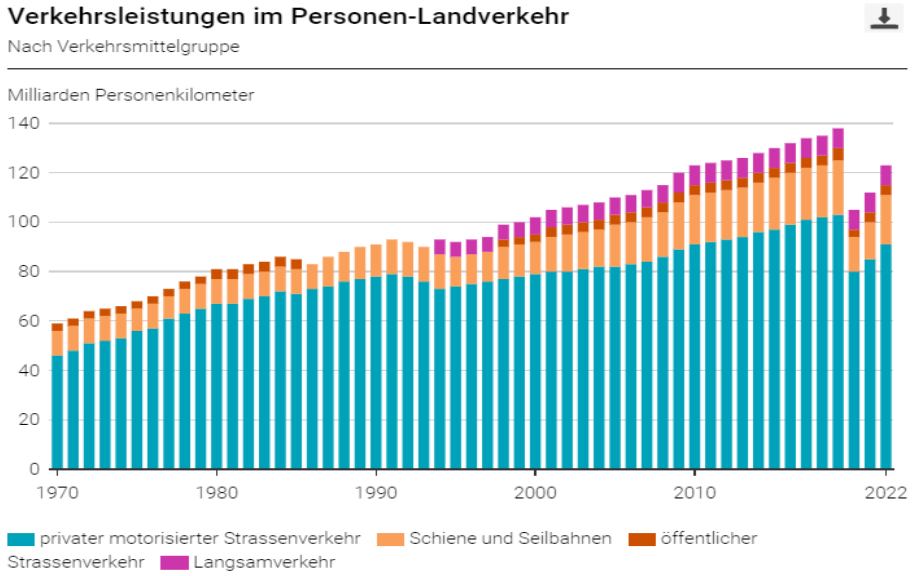
Für das Klimaziel von Netto-Null Treibhausgasemissionen bis 2050 sind weitere Anstrengungen nötig. Zudem ist zu beachten, dass die Elektrifizierung des Energiesystems mittelfristig eine deutliche Zunahme der Stromnachfrage nach sich zieht: Elektromobilität, Wärmpumpen, Elektrolyseure zur Wasserstofferzeugung, Grosswärmepumpen, langfristig Negativemissionstechnologien und Systeme zur CO2-Abscheidung und -Speicherung.

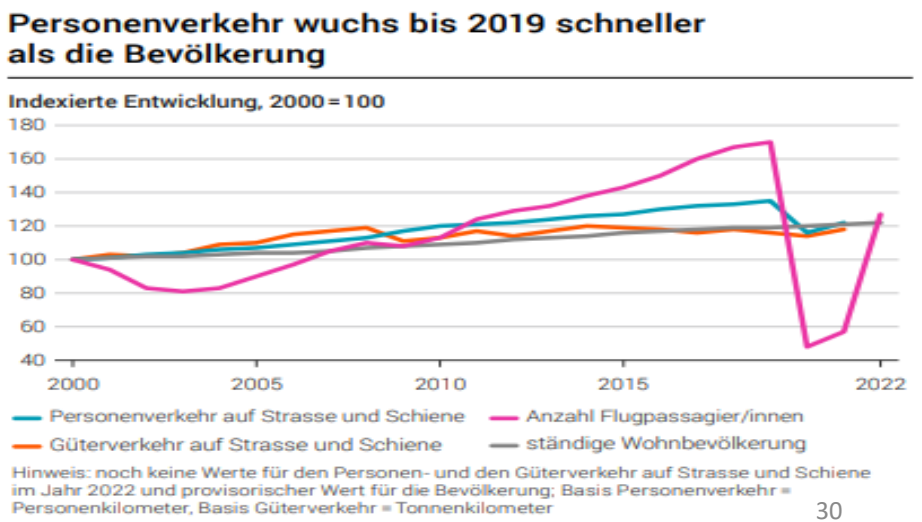
Energiepolitische Instrumente und Massnahmen müssen eingesetzt werden, um die hohen Effizenzpotentiale auszuschöpfen: Bauliche Massnahmen der Wärmedämmung, Einsatz effizienterer Heizanlagen, Elektrogeräte, Beleuchtungen, Maschinen usw.

Fazit: Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum können vom Energie- und Stromverbrauch abgekoppelt werden, zumindest beim Inlandkonsum. Damit kann eine Verminderung der Energieimporte erzielt werden (z.B. weniger Tanker auf Hochsee). Wird davon ausgegangen, dass sich der Lebensstandard der Migranten dem CH-Niveau angleicht, so vermindert sich der weltweite Energieverbrauch bei Zuwanderung aus Ländern mit einem vergleichsweise höheren Belastungsniveau. Bei einem geringeren Niveau nimmt der Verbrauch zu. Letztlich ist – unbesehen der Migration – in allen Ländern die Belastung zu reduzieren.
In jedem Fall ist zusätzliche Stromproduktion in der Schweiz nötig, die auf unterschiedliche Weise erfolgen kann: PV auf Dach & Fassade, Freiflächen, Windanlagen, etc. Bei einer höheren Bevölkerungszahl müssen vermehrte Anstrengungen unternommen werden. Bei einem ausreichenden Angebot dürften deswegen die Preise nicht zusätzlich steigen.

Mobilität & Migration: Mit Blick in eine – andere ? - Zukunft

- „Mehr Menschen im Land fahren mehr Kilometer mit dem Auto und legen mehr Kilometer mit dem öffentlichen Verkehr zurück.“ NZZ, 2020. …Dieses Mantra der Verkehrspolitik galt bis zum Einbruch der Verkehrsleistung durch die Pandemie im Jahr 2020. Vorher nahm der Verkehr sogar stärker zu als die Bevölkerung (Grafik unten rechts). So trug auch die Migration – ohne hier eine detaillierte Zuordnung vorzunehmen – zu einem überdurchschnittlichen Verkehrswachstum bei.
- **Gemäss Grafik rechts betrug 2019 die Verkehrsleistung fast 140 Mrd. Personenkilometer.** Im Jahr **2002 waren es erst 105,4 Milliarden** (davon 80 Mrd. privater Strassenverkehr, 14 Mrd. Schienenverkehr).
- **Bruch ohne effektive Erholung: 2022 wurden auf dem Schweizer Strassen-, Schienen- und Seilbahnnetz 122,7 Milliarden Personenkilometer zurückgelegt.** 91,0 Milliarden Personenkilometer davon privat motorisierter Strassenverkehr (Autos, Motorräder, Privatcars), fast 5 mal so viel wie die Eisenbahnen (19,3 Mrd. Personenkilometer). Der Langsamverkehr (zu Fuss und mit Velos) kam auf 7,8 Mrd. Personenkilometer. **Das sind 11% mehr als 2021, jedoch immer noch 11% weniger als 2019, dem Jahr vor der Covid-19-Pandemie.**
- **<u>Ist der Rückgang der Mobilität nachhaltig und somit der Einstieg in eine Verkehrswende?</u>**
- **Oder muss der gigantische Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen von Schiene und Strasse aufgrund des weiteren Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums, mit anhaltend massiven negativen Umweltauswirkungen (externe Kosten pro Jahr ca. 13 Mrd. CHF), weiter geführt werden, um die Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen? Neben der Landwirtschaft ist die Mobilität der mit Abstand grösste Umweltverschmutzer in der Schweiz.**
- **Singapur könnte als Vorbild dienen:** Auf gut 700 km^2 (gut 10% der Fläche des Kantons Bern) leben knapp 5.5 Mio. Personen. Dabei weist keine Stadt auf der Welt so wenige Staus auf – trotz hoher Mobilität der Bevölkerung – was auf eine konsequente Verkehrspolitik zurückzuführen ist: Sehr geringe Anzahl PW (hohe fiskalische Belastung), sehr guter ÖV, Langsamverkehr (z.B. Überdachung der Radwege). Einführung von autonomen Fahrzeugen als kollektives Verkehrsangebot etc.
- **Die offiziellen Verkehrsperspektiven zeigen ebenfalls auf, dass eine Verkehrswende – mit u.a. geringerem Verkehrsflächenkonsum – bei anhaltendem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum möglich ist.**





Verkehrsperspektiven Bund: 4 Szenarien. Szenario «Nachhaltige Gesellschaft» reduziert Umweltbelastungen, Klimaziele etc. bei weiterem Wachstum

Der Bund hat 2021 **neue Verkehrsperspektiven mit 4 Szenarien** publiziert. Sie wurden wissenschaftlich breit abgestützt und fundiert erarbeitet. Alle 4 Szenarien gehen von einem weiteren Wachstum aus – das v.a. bezüglich Bevölkerung primär durch die Migration bedingt ist:

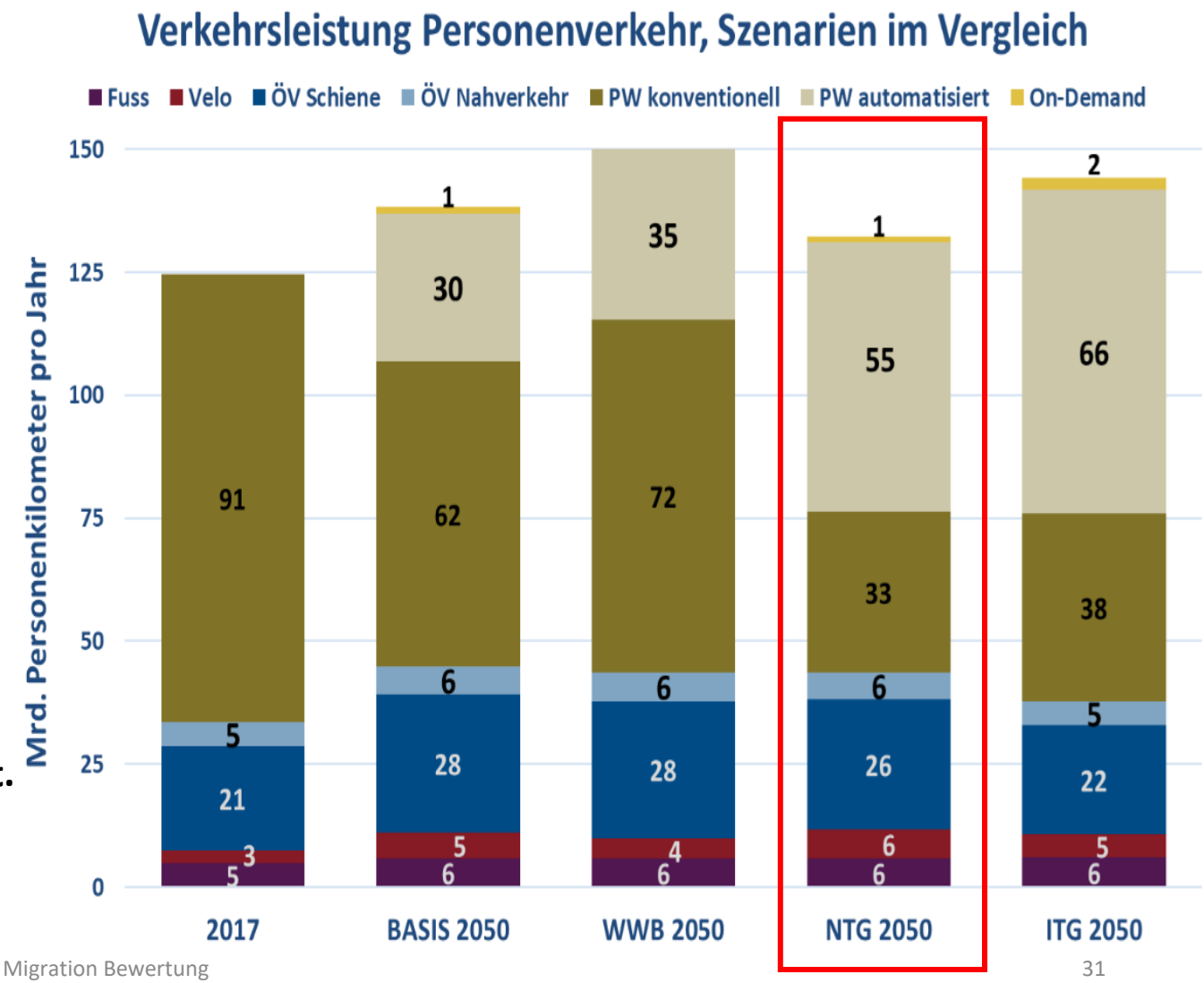
- BIP Plus 50% von 2017 bis 2050
- Bevölkerung 10.44 Millionen bis 2050.

Dabei geht das Szenario «Weiter-Wie-Bisher» (WWB) davon aus, dass die Verkehrsleistungen im Personenverkehr (in Mrd. Personenkilometer pro Jahr) praktisch im Gleichschritt mit dem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zunehmen.

Bemerkenswert ist das Szenario «Nachhaltige Gesellschaft» (NTG):

Gegenüber 2017 nehmen die Personenkilometer insgesamt leicht zu, gegenüber dem Szenario „BASIS“ leicht ab. Der Rückgang findet v.a. beim PW-Verkehr statt.

Definition ITG: „Individualisierte Gesellschaft»



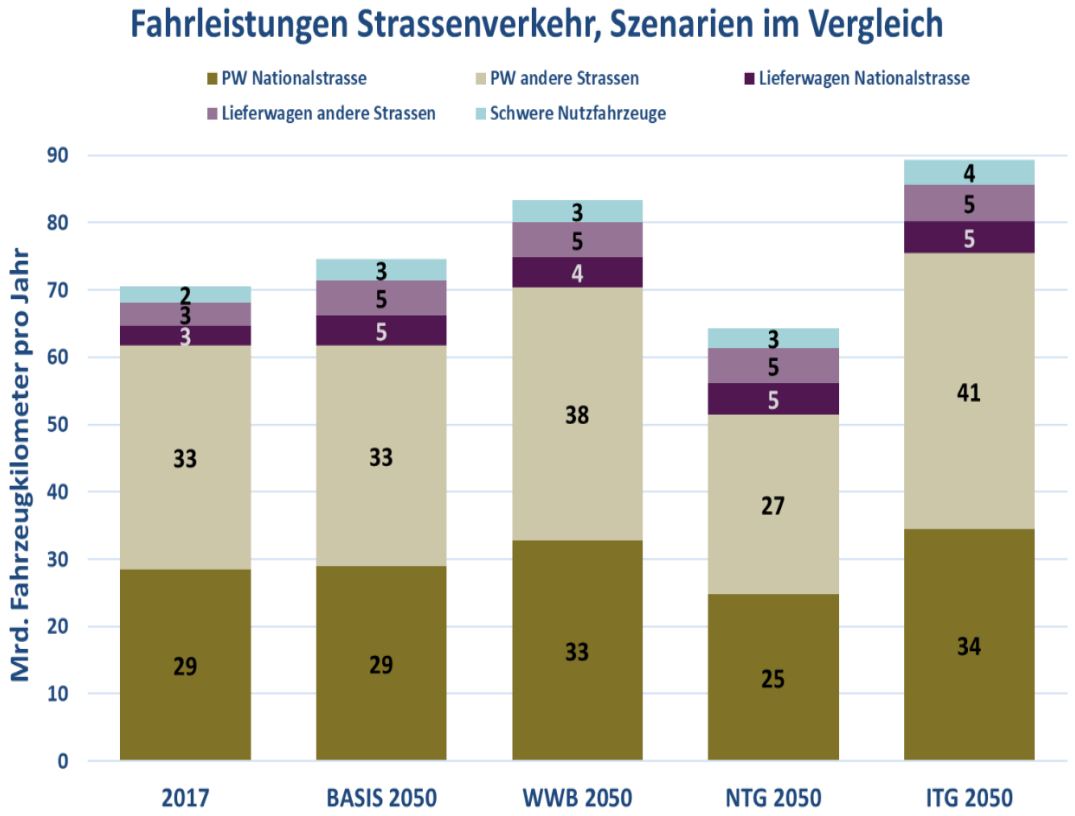
Szenario «Nachhaltige Entwicklung»: Es müssen weniger, aber die richtigen Fahrzeuge/Autos kommen.

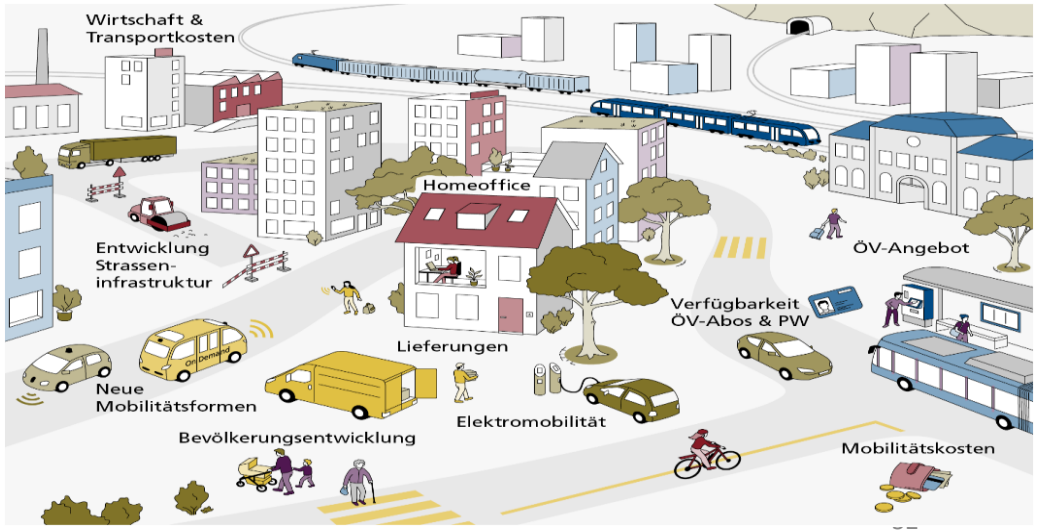
Deutlicher Rückgang Fahrzeugkilometer (Fz-km) gegenüber allen Szenarien und Ausgangslage 2017

Im **Szenario „Nachhaltigkeit/NTG“** nehmen die Fahrzeugkilometer (> 65 Mrd. Fz-km) – trotz Wachstum von Bevölkerung /Wirtschaft – ab: Umweltbelastungen werden deutlich reduziert, Staus fallen praktisch weg. Weitere Autobahnbauten erübrigen sich. Strassenräume können rekultiviert und für mehr Lebensqualität genutzt werden. Private und öffentliche Kosten werden reduziert.

Massnahmen für das Szenario „Nachhaltige Mobilität“ sind nötig (siehe unten links): u.a. Auslastung der Fahrzeuge steigern, Verkehrsflächen effizienter mit intelligenten selbstfahrenden Fahrzeugen (Import aus China) nutzen, mehr Homeoffice und Videokonferenz, externe Kosten internalisieren etc. Im Detail: Referat „Nachhaltige Mobilität“, www.energie-wende-ja.com

Fazit: Im Prinzip ist nachhaltige Mobilität bei weiterem Wachstum möglich. Es gilt den technischen Fortschritt mit wirksamen effizienzsteigernden Massnahmen zu nutzen. Es braucht viel weniger, aber besser ausgelastete Fahrzeuge mit Elektro-Antrieben und autonomer Fahrweise. Mit weniger Personal erfolgt eine komfortablere, sichere Mobilität. Gewinnbringend können Verkehrsflächen rückgebaut und für eine erhöhte Lebensqualität mit mehr Ökologie genutzt werden.





Kriminalität & Migration: Begriff, «Theorie»

https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/19988/3/2020_Baier_Migration-Kriminalität-Schweiz.pdf

Begriff: Kriminalität ist ein Sammelbegriff, unter den alle Straftaten fallen. Statistische Daten zur Kriminalitätsentwicklung beziehen sich zumeist auf angezeigte Delikte, wobei zu beachten ist, dass diese auch durch das Anzeigeverhalten der Bevölkerung beeinflusst werden und stets ein "Dunkelfeld" nicht erfasster Taten bleibt. Es gibt Hinweise, dass Ausländer häufiger angezeigt werden. Die meisten Anzeigen in der Schweiz fallen unter das Strafgesetzbuch: Im Jahr **2019 wurden rund 432'000 Delikte** registriert; diese Zahl ist seit dem Höchststand von **ca. 611'900** im Jahr **2012 konstant rückläufig.**

"Theorie": Migranten eine höhere Kriminalität zuzuschreiben, ist grundsätzlich falsch. Die "American Society of Criminology" hält folgendes fest:

> "immigrant concentration decreases crime at the neighborhood and city levels"
>
> "immigrants as a whole are far less likely to commit crimes than non-immigrants"
>
> "growth in immigration may have been responsible for part of the crime drop".

Es wird **einerseits** von der **Selektivitätstheorie gesprochen,** d.h. ambitioniertere, talentiertere, fleissigere Personen mit vorhandenen sozialen Beziehungen migrieren ins Aufnahmeland. Es besteht eine hohe Bereitschaft zur Anpassung, was sich aber über die Zeit verringern kann. Vielfach handelt es sich gleichzeitig um kreative, leistungsbereite Menschen mit einem hohen Beitrag zum Wohlstand eines Landes. Quelle: Baier.

Anderseits spricht die **Desorganisationstheorie** für eine eher überdurchschnittliche Kriminalität von Migranten mit folgenden Abhängigkeiten: «Hoher Migrantenanteil ⇨ hohe (kulturelle) Heterogenität ⇨ keine geteilten Werte ⇨ geringerer sozialer Zusammenhalt/geringere Interventionsbereitschaft ⇨ mehr Delinquenz.»

Für die Schweiz sind wohl beide „Theorien" zutreffend. Im Prinzip spielt die Selektionstheorie die grössere Rolle, in der öffentlichen Diskussion dominiert aber die Desorganisationstheorie. Es werden denn auch primär „Deliktzahlen" und populistisch ausgeschlachtet einzelne „Deliktfälle" kommuniziert, wobei deren Publikation umstritten ist.

Kriminalität & Migration: «Empirie»

https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/19988/3/2020_Baier_Migration-Kriminalität-Schweiz.pdf

Anzahl Verurteilte „Schweizer/Ausländer“: Gemäss den Auswertungen von Baier weisen Ausländerinnen und Ausländer eine höhere Kriminalitätsbelastung auf. Sie stellen 52,2 % aller Beschuldigten dar. Darin inkludiert sind „Kriminaltouristen“ mit nur vorübergehendem Aufenthalt. Wird nur die ständige ausländische Bevölkerung betrachtet, so sinkt der Ausländeranteil unter den Beschuldigten auf 39,5 %, was nur noch 1,6 mal über dem Bevölkerungsanteil liegt.

Jugendkriminalität: 2019 wurden 12'700 Minderjährige gerichtlich verurteilt (2019). Davon waren 77,5 % männlich und 35,4 % Ausländer.

Inhaftierte in Gefängnissen: rund 6'900 (2019). Die Gefangenenrate lag 2019 bei 80 Insassen pro 100'000 Einwohnern. Sie ist seit Jahren rückläufig. Die Belegung der CH-Gefängnisse lag 2020 bei 93,5 %; 2013 war mit 100,4 % noch eine Überbelegung zu verzeichnen.

Kriminalität & Migration: Bewertung

https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/19988/3/2020_Baier_Migration-Kriminalität-Schweiz.pdf

Die «Kriminalität» von Migranten wird in der Regel mehrfach überschätzt:

- Es besteht die starke Vermutung, dass Ausländer vermehrt angezeigt und dadurch vermehrt angeklagt und verurteilt werden.
- «Kriminaltouristen» mit einem Anteil von ca. 10% erscheinen in der Regel auch in den Statistiken der «Ausländerkriminalität».
- Die Ausländer müssen jeweilen mit der gleichen soziökonomischen Gruppe von Schweizern verglichen werden: Eher jung und männlich mit der je höchsten Rate an «Kriminalität». Dabei verbleibt auch bei dieser «Korrektur» ein leicht höherer Anteil zu Ungunsten der Ausländer wobei auch hier klare Differenzierungen angebracht sind.

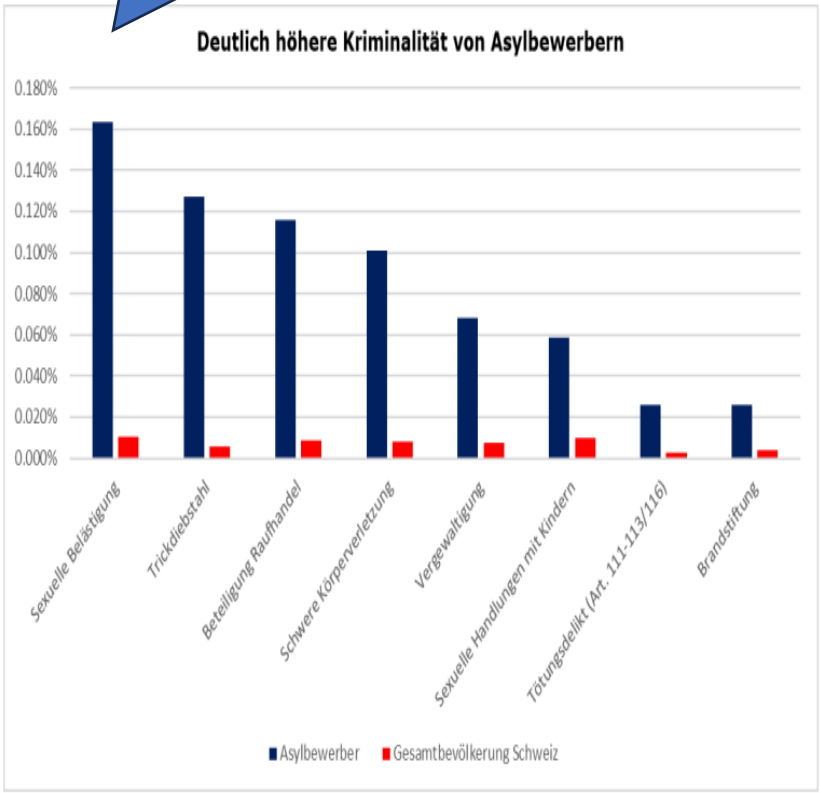
Die generalisierende Rede von den «Ausländern» oder den «Migranten» ist nicht statthaft. Innerhalb dieser Sammelkategorie gibt es verschiedene Herkunftsgruppen, die sich deutlich unterscheiden. So zeigte sich bspw. in der Jugendbefragung, dass die Gewaltrate zwischen den verschiedenen Gruppen von 2,6 bis 11,4 % variiert. Für die Beschuldigtenbelastungszahl ergibt sich eine nicht minder grosse Spannweite im Vergleich der verschiedenen Nationalitäten (von 763,0 bis 4'434,6). Letztlich lässt die enorme Unterschiedlichkeit zwischen den ausländischen Gruppen daran zweifeln, dass die Kategorie des "Ausländers" überhaupt eine sinnvolle kriminologische Analysekategorie darstellt. Nicht der fehlende Besitz der Schweizer Staatsangehörigkeit führt zu Kriminalität – hiergegen spricht allein schon, dass noch immer fast die Hälfte aller Beschuldigten und Verurteilten die Schweizer Staatsangehörigkeit hat. Es sind die mit dem fehlenden Besitz der Staatsangehörigkeit korrelierten demografischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Merkmale, die eine Ausländergruppe etwas stärker, eine andere Ausländergruppe etwas weniger zu kriminellem Verhalten motivieren. Die Analyse dieser Merkmale sollte im Vordergrund der Forschung stehen, nicht die Betrachtung des Ausländerstatus allein.

Kriminalität & Migration: Bewertung

https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/19988/3/2020_Baier_Migration-Kriminalität-Schweiz.pdf

Die Tatsache, dass die Schweiz eines der sichersten Länder der Erde ist, führt evt. ebenfalls zu der auf der Grafik sichtbaren Diskrepanz.

- Eine besondere Herausforderung stellen Personen dar, welche ein Asylgesuch gestellt haben. Wohl ist 2019 die Beschuldigtenbelastungszahl im Vergleich zu 2012 stark zurückgegangen. Sie liegt aber weiterhin deutlich über der Zahl der Schweizer und ebenso der ständigen ausländischen Bevölkerung. Wenige empirische Forschungen weisen darauf hin, dass die «Diskrepanz zwischen Zielen und Hoffnungen auf der einen und realen Möglichkeiten auf der anderen Seite» mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Frustration führt. «Dies wiederum kann bei einem Teil der Fälle zu Delinquenz führen». Es wird zudem vermutet, dass die Lebensumstände in der Schweiz, die verstärkte formelle Kontrolle und andere Faktoren zu dieser erhöhten Kriminalitätsbelastung beitragen.
- Abhilfe wird von einer intensiveren Integration erwartet: Es sind schnelle und adäquate Massnahmen „zur Integration in Bildung und Arbeit sowie eine verbesserte Unterbringungssituation nötig.“ Quelle Baier Dirk: Kriminalität in der Migrationsgesellschaft: Wie wird sie wahrgenommen und was sagen die Zahlen?» ZHAW. Folien, Eingesehen: 21.01.2024.
- Es scheint einen schwachen Zusammenhang zwischen muslimischer Religiosität und Gewaltverhalten zu geben; der Islam kann nicht pauschal für (extremistische) Gewalt verantwortlich gemacht werden; wichtig ist aber: eine islamische ebenso wie eine andere Religiosität fördern die Integration nicht.
- Ausländer als Opfer: Ausländerinnen und Ausländer sind nicht nur Täterinnen und Täter, sondern z.T. auch in überproportionaler Weise ebenso Opfer von Kriminalität und Gewalt. Diese Perspektive geht in der öffentlichen Diskussion, die sich stark auf die Täterperspektive fokussiert, bisweilen verloren.



Quelle: Straftaten und beschuldigte Personen, Daten von 2021, BFS.

Ausgabenentwicklung Staatssekretariat für Migration (SEM)

Bestimmungsfaktoren sind: Anzahl Asylgesuche, Schutzquote, Bestand anwesende Personen aus dem Asylbereich.
2022 kommen mit den Ukraineflüchtlingen Zusatzausgaben hinzu.

Ukraineflüchtlinge: Zunahme der Ausgaben um gut 700 Mio. CHF
Insgesamt resultierte ein Mehraufwand von gut 1 Mrd.

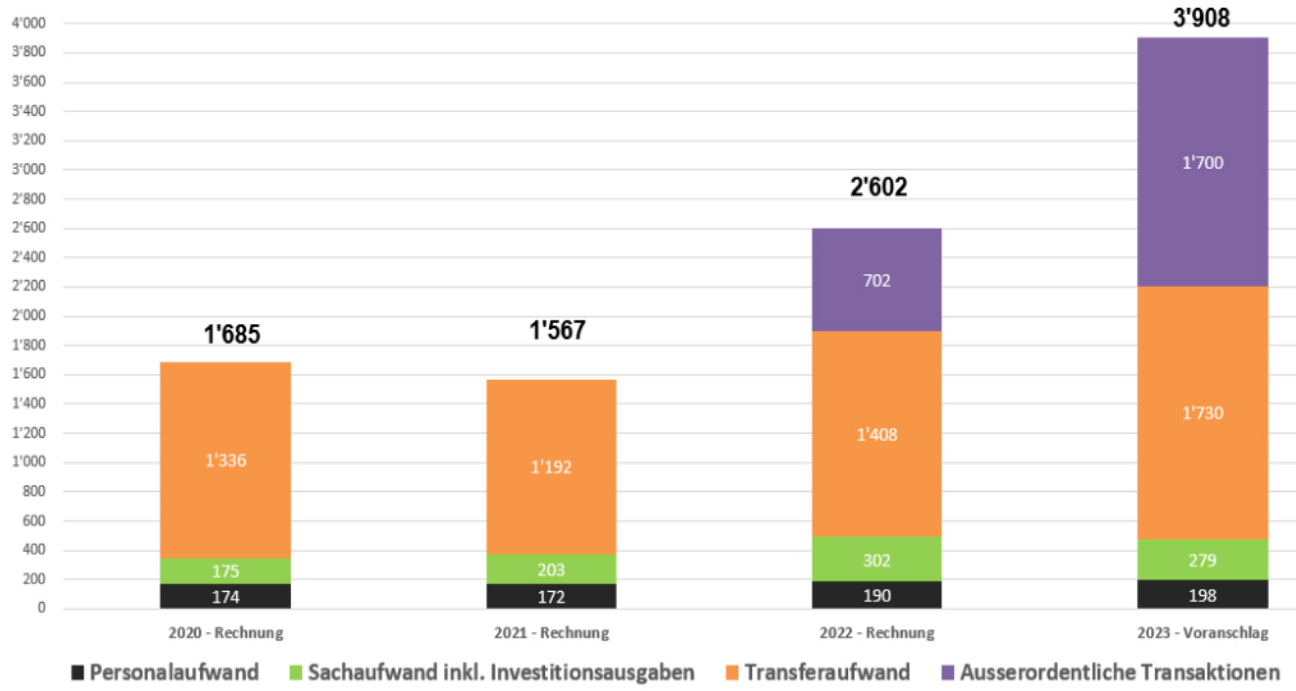
Transferbereich: Grösster Teil der Ausgaben im Jahr 2022 mit 1,4 Mrd. CHF (54% des Gesamtbudgets). Das heisst: Entschädigungen an die Kantone für die Kosten, die insbesondere mit der Aufnahme und Betreuung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen entstehen.

Darin enthalten sind auch die Kosten der Integrationsmassnahmen für Ausländerinnen, den Wegweisungsvollzug, die Rückkehrhilfe sowie die internationale Zusammenarbeit im Bereich Migration.

Personalaufwand (190 Millionen): 7 % der Gesamtausgaben (Löhne, Sozialversicherungsbeiträge, Aus- und Weiterbildungsmassnahmen).

Sachaufwand, Investitionsausgaben (12% der Gesamtausgaben): Betriebsaufwand der Bundesasylzentren, Informatik-, Beratungs- und übrige Betriebsaufwände sowie Investitionsausgaben (302 Millionen).

Fazit: Die Kosten des SEM sind in jüngster Zeit – u.a. wegen den Ukraine-Flüchtlingen – deutlich gestiegen. Eine Gesamtübersicht zu den gesamten Kosten des Asylbereichs besteht unseres Wissens nicht. Dabei kann die Frage gestellt werden, bei welchem Mitteleinsatz im Asylbereich die grösste Wirkung erzielt werden kann, z.B. Hilfe „vor Ort“ vs. Einsatz der Mittel in der Schweiz.



Zusammenleben in der Schweiz 2022

Rassismus und Integration

60%
der Bevölkerung betrachten Rassismus als wichtiges gesellschaftliches Problem

59%
der Bevölkerung finden, die Integration von Migrantinnen und Migranten funktioniert gut

Gefühl, gestört zu werden

31% der Bevölkerung fühlt sich durch als «anders» empfundene Personen gestört

Anteil der Bevölkerung, die sich bedroht fühlt:

4%
durch Schweizer Staatsangehörige

9%
durch ausländische Staatsangehörige

Diskriminierungs- oder Gewalterfahrung

30% der Bevölkerung bezeichnen sich als Opfer

Diskriminierung **27%**
körperliche Gewalt **2%**
psychische Gewalt **12%**

Einstellung gegenüber bestimmten Personengruppen

Ablehnung von Stereotypen

Musliminnen und Muslime
6%

Schwarze
14%

Jüdinnen und Juden
14%

in der Bevölkerung

Schweizer Integrationspolitik. Quelle SEM, Homepage.

Die Grundprinzipien der Schweizer Integrationspolitik finden sich in den bestehenden Rechtsgrundlagen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie können wie folgt zusammengefasst werden:

- Integration ist ein gegenseitiger Prozess, an dem sowohl die einheimische als auch die ausländische Bevölkerung beteiligt ist.
- Integration setzt die Offenheit der ansässigen Bevölkerung, ein Klima der Anerkennung und den Abbau von diskriminierenden Schranken voraus.
- Der Beitrag der Ausländerinnen und Ausländer zur Integration zeigt sich in
  - der Respektierung der Grundwerte der Bundesverfassung,
  - der Einhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,
  - dem Willen zur Teilhabe am Wirtschaftsleben und zum Erwerb von Bildung und
  - Kenntnissen einer Landesprache.
- Integration ist eine staatliche Kernaufgabe, an der alle staatlichen Ebenen mitwirken, in Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, Nichtregierungs- und Ausländerorganisationen sowie weiteren Institutionen.
- Fordern und Fördern
- Die Schweizer Integrationspolitik richtet sich am Prinzip «Fördern und Fordern» aus. Mit «Fordern» wird die Selbstverantwortung der Zugewanderten angesprochen. Die ausländerrechtlichen Erfordernisse legen fest, was von ihnen erwartet wird und mit welchen Folgen sie gegebenenfalls rechnen müssen, wenn sie diese Erfordernisse nicht erfüllen.

Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

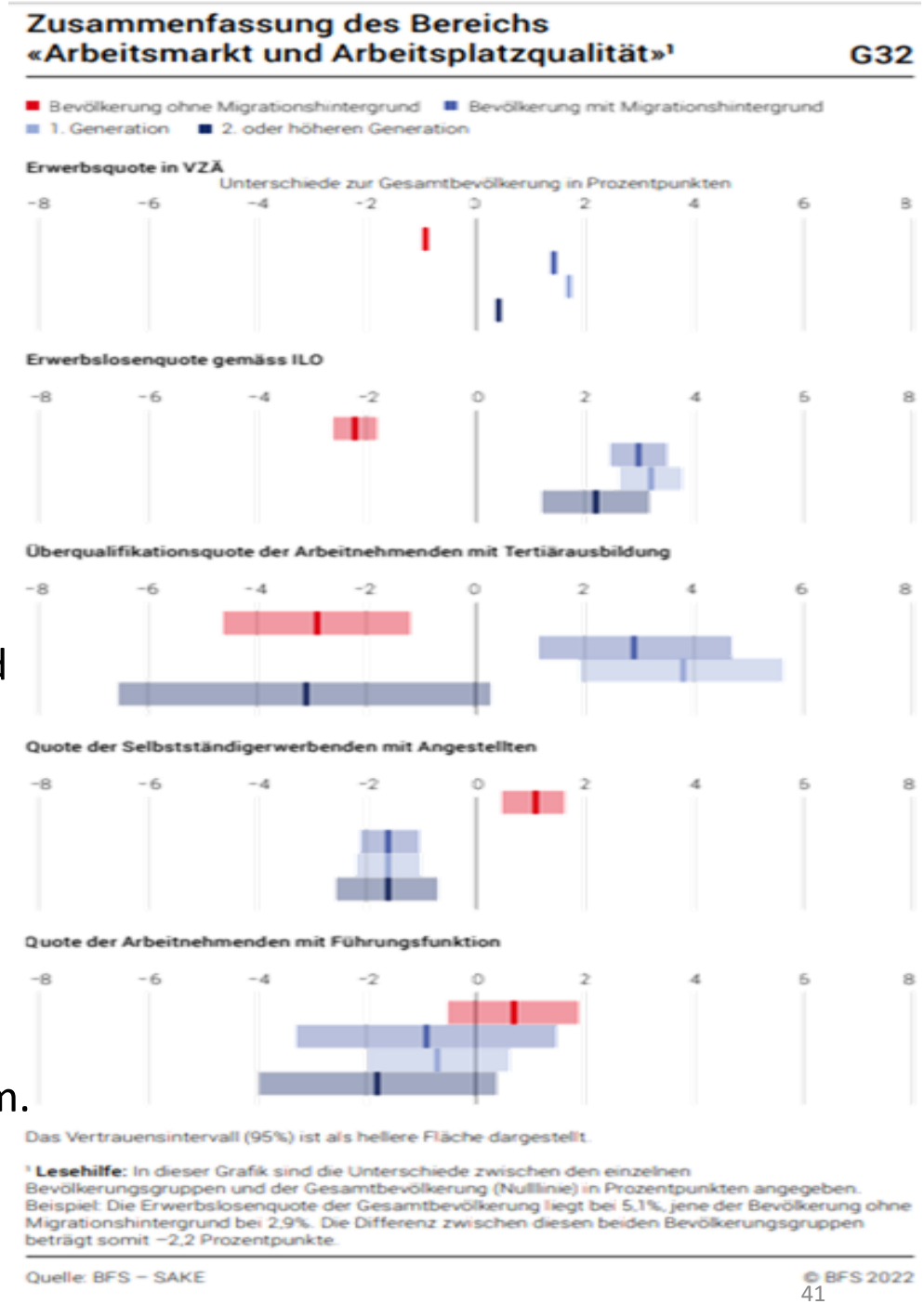
Quelle: Migration und Integration, BFS, 12.12. 2022.

- Fünf Lebensbereiche, signifikante Unterschiede. Personen mit Migrationshintergrund
  - sind insgesamt schlechter gestellt, jedoch mit einigen Ausnahmen
  - sprechen vergleichsweise mehr Sprachen
  - leiden tendenziell seltener an gesundheitlichen Problemen oder chronischen Krankheiten.
- Einwanderer der ersten Generation sind bei den Personen mit einem Abschluss auf Tertiärstufe übervertreten.
- Weitere Generationen liegen diesbezüglich näher bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: Der Integrationsprozess führt über die Generationen zum Angleichen der Verhältnisse.
- Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat sich in einigen Bereichen verbessert:
  - Zum Beispiel nimmt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ab,
    - die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen
    - die sich ausserhalb des Bildungssystems befinden.
- Der Migrationsstatus kann die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen aber nicht restlos erklären, weitere Variablen wie Geschlecht, Alter und Bildungsniveau spielen ebenfalls eine Rolle. Er macht jedoch die Unterschiede zwischen den Gruppen sichtbar und zeugt somit von Ungleichheiten hinsichtlich Chancen zur Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen. Diese können auf unterschiedliches Verhalten oder Partizipationschancen zurückzuführen sein.

Integration: «Arbeitsmarkt und Arbeitsplatzqualität»

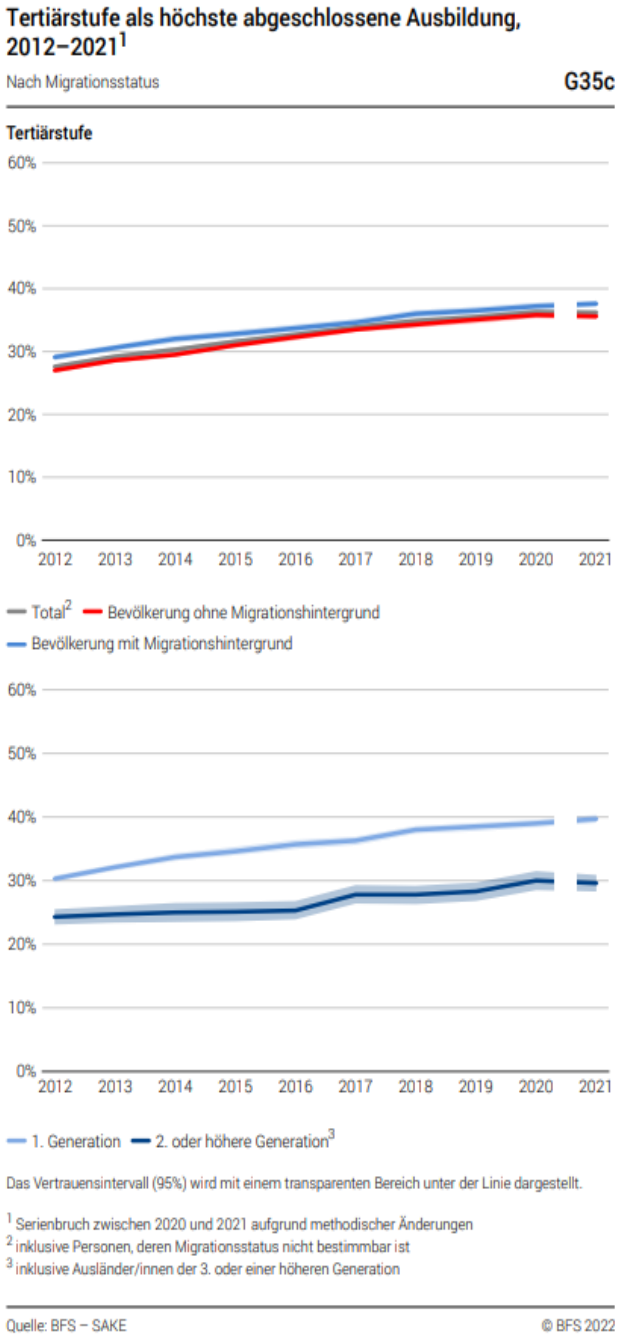
- „Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist oft schlechter gestellt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Ihre Erwerbslosenquote ist mehr als doppelt so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund und sie ist auch stärker von Überqualifikation betroffen.“
- „Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund verzeichnet eine höhere Quote von Selbstständigerwerbenden mit Angestellten und auch eine höhere Quote der Arbeitnehmenden mit Führungsfunktion als die Bevölkerung mit Migrationshintergrund.“
- „Differenziert nach Generationen verbessert sich die Arbeitsmarktsituation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zwischen der zweiten und der ersten Generation bei einigen Indikatoren jedoch. So unterscheidet sich beispielsweise die Überqualifizierungsquote zwischen der zweiten oder höheren Generation und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund kaum. Seit 2012 sind in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen nur die Erwerbsquote und die Erwerbsquote in VZÄ signifikant gestiegen.

VZÄ = Vollzeitäquivalent



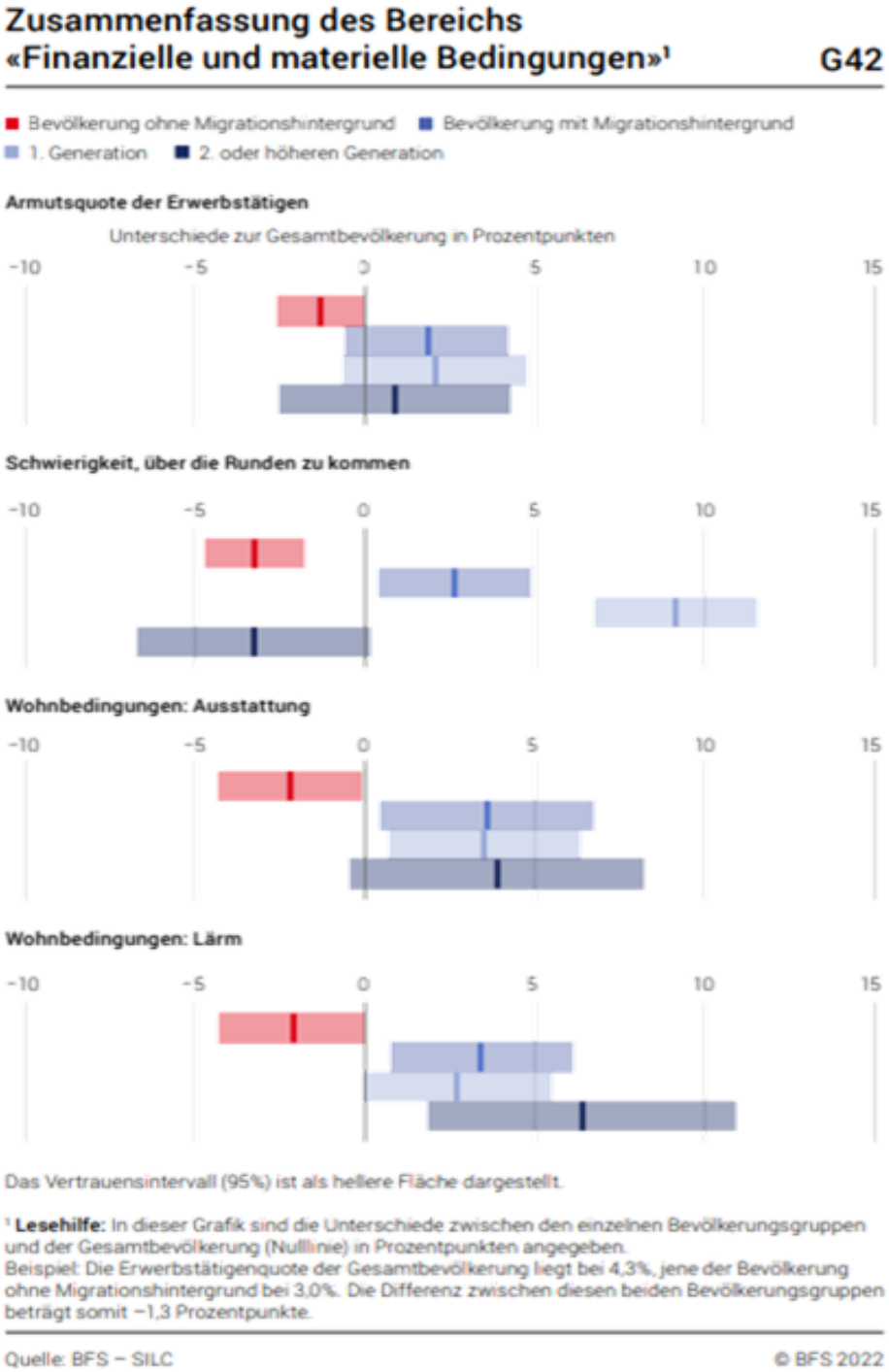
Bildung

In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der ersten Generation haben anteilsmässig mehr Personen als höchsten Abschluss die obligatorische Schule oder die Tertiärstufe absolviert als in jener der zweiten oder höheren Generation oder in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II sind bei den Personen ohne Migrationshintergrund und in der zweiten oder höheren Generation übervertreten. **Zeitliche Entwicklung**: Der Anteil der Personen ohne nachobligatorische Ausbildung ist von 2012 bis 2020 in allen Bevölkerungsgruppen deutlich gesunken. Dies gilt bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der ersten Generation auch für die Sekundarstufe II. Die Anteile der Personen mit Tertiärausbildung sind in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen gestiegen. **Geschlecht**: Frauen ohne Migrationshintergrund haben knapp 1,5-mal seltener einen Abschluss auf Tertiärstufe als Männer ohne Migrationshintergrund. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hingegen ist der Anteil Frauen und Männer mit einem Abschluss auf der Tertiärstufe ähnlich. **Alter**: Über alle Altersgruppen hinweg ist die Wahrscheinlichkeit, dass Personen mit Migrationshintergrund lediglich die obligatorische Schule absolviert haben, doppelt so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund. In den Altersgruppen von 25 bis 64 Jahren (25–34, 35–44, 45–54 und 55–64) ist dieses Verhältnis nochmals deutlich grösser. So verfügen beispielsweise 35- bis 44-Jährige mit Migrationshintergrund achtmal häufiger über keine nachobligatorische Ausbildung wie Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund.



Finanzielle und materielle Bedingungen

„Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in Bezug auf alle diesbezüglich relevanten Indikatoren finanziell und materiell systematisch schlechter gestellt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.
Im Zeitverlauf ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, sowie der Anteil der im Ausland geborenen Personen, die Sozialhilfe beziehen, zurückgegangen.“



«Gesundheitszustand und Zugang zu medizinischen Leistungen»

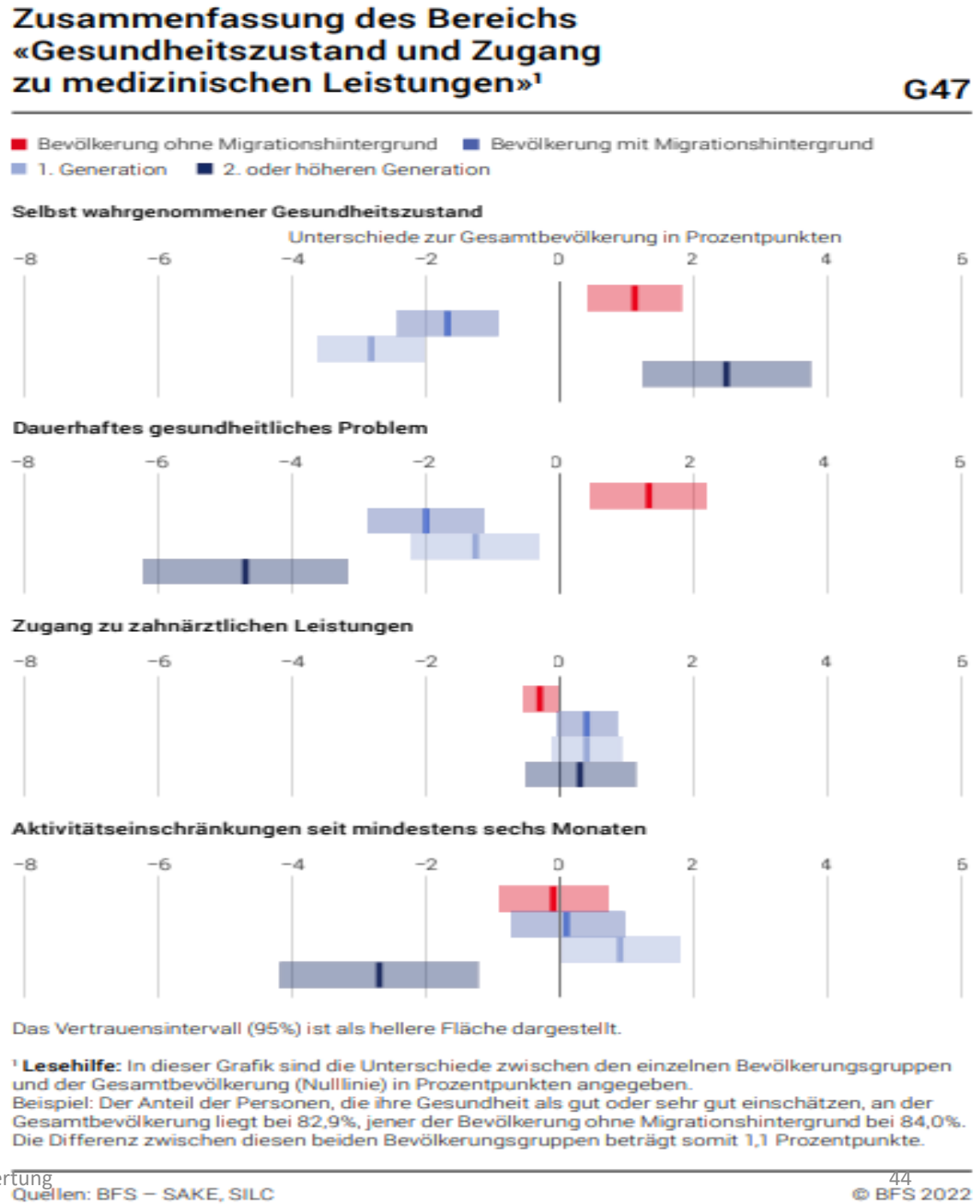
Ambivalentes Bild

„Einerseits schätzt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ihren Gesundheitszustand seltener als gut oder sehr gut ein und hat einen schlechteren Zugang zu zahnärztlichen Behandlungen als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.“

„Andererseits leiden Personen mit Migrationshintergrund seltener an dauerhaften gesundheitlichen Problemen, obwohl sich dieses Verhältnis ab dem Alter von 55 Jahren umkehrt.“

„Die zweite Generation ist abgesehen vom Zugang zu zahnärztlichen Leistungen bei allen Indikatoren besser gestellt als die erste Generation.“

„Seit 2012 ist der Anteil Personen, die ihren allgemeinen Gesundheitszustand als gut oder sehr gut betrachten, gestiegen. Andererseits haben jedoch auch die dauerhaften gesundheitlichen Probleme in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen zugenommen.“



«Zivilgesellschaftliches Engagement und sozialer Zusammenhalt»

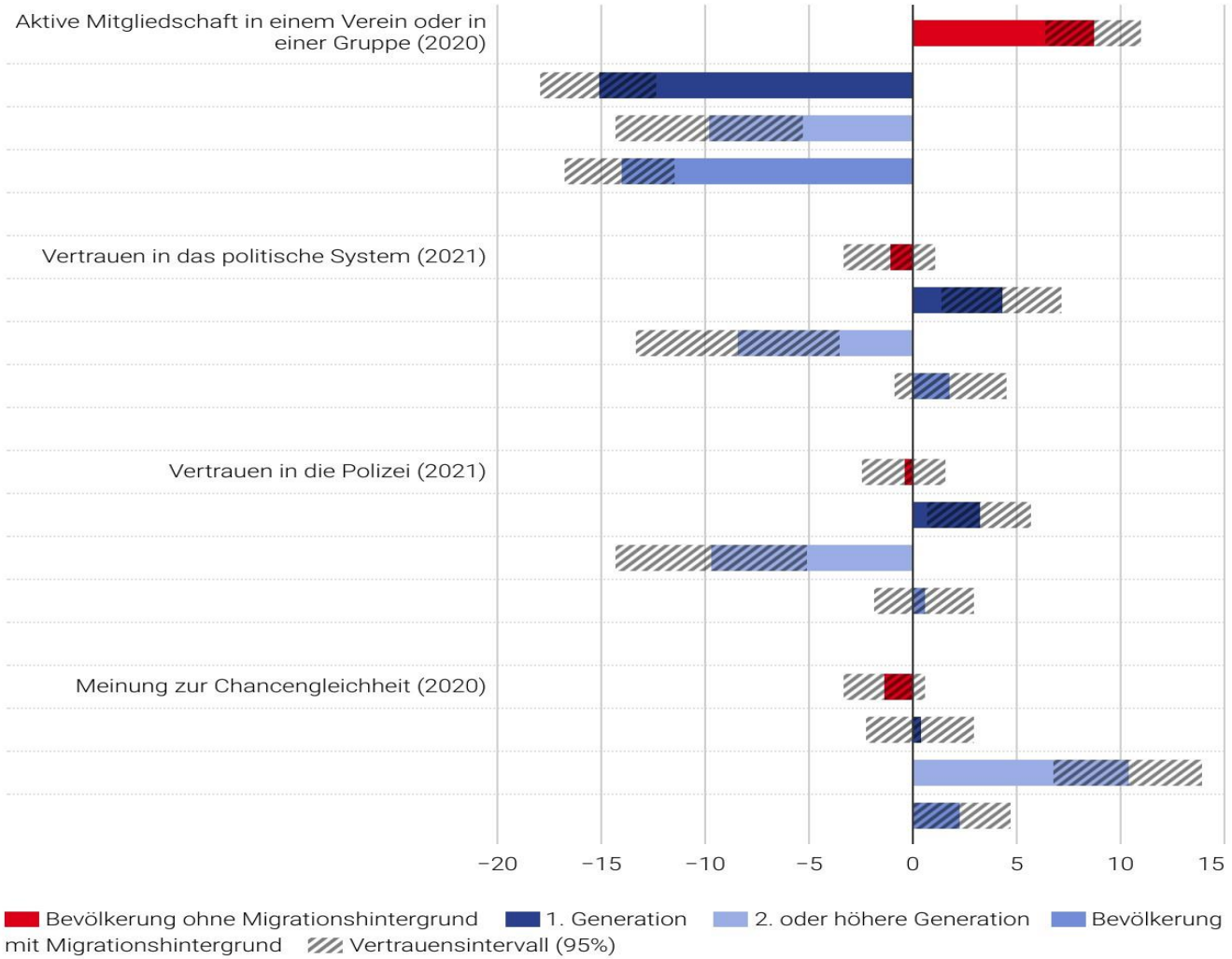
„Personen mit Migrationshintergrund nehmen seltener an eidgenössischen Abstimmungen teil und machen häufiger Erfahrungen rassistischer Diskriminierung.“

„Das Gefühl der Sicherheit ist hingegen in beiden Bevölkerungsgruppen gleich hoch.“

„In allen betrachteten Bevölkerungsgruppen ist der Anteil der Personen, die sich sicher fühlen, seit 2015 gestiegen. Seit 2016 hat jedoch auch die Erfahrung rassistischer Diskriminierung in allen Bevölkerungsgruppen zugenommen.“

Zusammenfassung des Bereichs «Bürgerliche Teilhabe»[1]

Unterschiede zur Gesamtbevölkerung in Prozentpunkten



[1] Lesehilfe: Diese Grafik zeigt die Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und der Gesamtbevölkerung (0-Linie) in Prozentpunkten.
Beispiel: Der Anteil der Personen, die in einem Verein oder in einer Gruppe aktiv sind, liegt in der Gesamtbevölkerung bei 44,1%, in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 52,8%. Die Differenz zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen beträgt somit 8,7 Prozentpunkte.

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC)

© BFS 2023

Fazit (1/5)

Deutliches Wirtschaftswachstum aufgrund der Migration – Eher bescheidene Zunahme des BIP pro Kopf: Die Schweiz ist in den letzten 20 Jahren wegen der Migration stark gewachsen. Sowohl die Bevölkerung, wie auch die Wirtschaft und das BIP pro Kopf – letzteres allerdings eher bescheiden.

Migranten als klare Gewinner der Migration: Zu den Gewinnern der Migration gehören die allermeisten der Migranten. Sie können ihre Lebenssituation dank ihrer Qualifikation, den neuen Beschäftigungsmöglichkeiten etc. in der Regel deutlich verbessern. Dabei leisten sie in mehrfacher Hinsicht ihren Beitrag als Lohnbezüger oder als Unternehmer.

- Insbesondere die Migranten aus den EU-/Efta-Nordländern und den Drittstaaten bezahlen zumindest kurz- und mittelfristig ihre Beiträge an den Sozialstaat. Längerfristig resultiert nur eine gering positive Fiskalbilanz, falls die Überschüsse verzinst werden. Die strukturellen Probleme der Sozialversicherungen – insbesondre der AHV – können nicht durch die Migration gelöst werden. Aufgrund der Demografie findet eine Verschiebung der strukturellen Defizite in die Zukunft statt.
- Bei den Gesundheitskosten resultiert ein positiver Saldo – vor allem bei Migranten, welche nach ihrer Pensionierung wieder auswandern. Mit der Zuwanderung werden sicher mehr Leistungen im Gesundheitswesen durch Migranten erbracht als von den Zuwandernden konsumiert werden. Der Brain Drain ist in diesem Bereich für die Herkunftsländer besonders schädlich. Die Schweiz spart erhebliche Ausbildungskosten.
- Zudem leisten sie einen Beitrag an die kulturelle Vielfalt, internationale Kontakte und Netzwerke, Forschung, Innovation und Unternehmertum.

- Die mit der Zuwanderung einhergehende Internationalisierung ist als wichtiger Standortfaktor für die Schweiz zu betrachten. Dabei müssen sich die meisten Migranten die Früchte im Zielland hart erarbeiten: In der Regel leben sie auf kleineren Wohnflächen, die sie teurer bezahlen müssen. Nicht nur bei der Wohnungssuche sind sie gewissen rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt.
- Diverse positive Effekte der Migration fallen kaum direkt wahrnehmbar und/oder teilweise erst längerfristig an: Die Forschung ist ein Paradebeispiel.

Fazit (2/5)

- **Klare Vorteile für Unternehmen dank Migration**: Die Schweizer Unternehmen profitieren von einem breiteren, vielfältigen Arbeitsmarkt. Sie erwirtschaften damit zusätzliches Wachstum und Gewinne. Mehrsprachigkeit mit internationalem Flair dürfte für Innovationen und die Ausschöpfung von Exportchancen zusätzliche Vorteile bieten.
- Die **Produktivitätseffekte** werden kontrovers diskutiert. Insgesamt wird wohl eine Zunahme der Produktivität festgestellt. Es wird aber moniert, dass bei einem geringeren Arbeitskräfteangebot der Druck auf Produktivitätssteigerungen hätte höher ausfallen können.
- **Gesamtwirtschaftlich resultiert dank der Migration ein zusätzliches Wachstum:** Es eröffnen sich auch vermehrte Innovationschancen und Absatzmöglichkeiten. Die Arbeitslosigkeit hat sich in den Jahren nach 2002 insgesamt reduziert. Insgesamt erfreut sich die CH-Wirtschaft grosser Leistungsfähigkeit und Robustheit. Die guten wirtschaftlichen Bedingungen haben denn auch zur überdurchschnittlich hohen Migration, aber auch zu einer überdurchschnittlich guten Bewältigung der Folgekosten beigetragen. Kaum ein anderes Land hat den Weg in eine breit aufgestellte Migrationsgesellschaft so reibungslos bewältigt. Gemäss den Massstäben des deutschen Migrationsskeptikers Thilo Sarrazin – so bei ca. mehr als 10 Prozent Migranten – wäre die Schweiz längst „abgeschafft„ und wohl in Grund und Boden versunken.
- **Auf der Gewinnerseite stehen auch die Boden- und Immobilienbesitzer:** Die Immobilienpreise sind seit 2002 weit mehr als die Inflation gestiegen, ein deutlicher Realwertzuwachs ist zu verzeichnen. Zudem haben sich die Immobilienerträge als sicherer Wert erwiesen. Die Renditen liegen in der Höhe des für die Mietzinsberechnung minimalen gesetzlichen Anspruchs (zur Zeit 3.75%) oder gar darüber. Bezahlt haben das die Boden- und Immobiliennachfrager mit höheren Mieten und Immobilienpreisen. Je mehr der Boden bei steigender Nachfrage – die in jüngster Zeit in einem erheblichen Teil durch die Migration bedingt ist – verknappt und gemäss Auftrag der Raumplanung vor Versiegelung bewahrt wird, desto rasanter steigen die Bodenrenten zugunsten der Eigentümer. Es entstehen erhebliche Umverteilungswirkungen von Nachfragern zugunsten der „Landlords“ – wenn auch nicht im Ausmass von 10 Milliarden CHF pro Jahr, wie das in einer Studie vom Mieterverband (Büro Bass, 2023) behauptet wird. Da werden höhere Baukosten, zusätzliche Investitionen mit erhöhten Wohn- und Energie-Standards und Leistungen in der Betrachtung vernachlässigt, die ebenfalls zur Steigerung der Mietpreise beitrugen – zusätzlich zu den höheren Bodenrenten.

Fazit (3/5)

- **Das Pro-Kopf-Einkommen und vor allem die Löhne haben sich seit 2002 auf hohem Niveau nur (sehr) mässig entwickelt.** Bei einem Lohn von 70‘000 CHF pro Jahr resultierte ein durchschnittlicher Reallohn-Zuwachs von 0.5% p.a. oder jährlich 350.- CHF. Für den Durchschnitt der Bevölkerung sind die Früchte der forcierten Migrationsphase eher bescheiden ausgefallen. Hinzu kommt, dass zumindest die mobilen Teile der Bevölkerung tendenziell mit höheren Wohnkosten und/oder Liegenschaftspreisen rechnen müssen und die Krankenkassenkosten steigen – allerdings mit realer Gegenleistung im Gegensatz zum Wohnbereich mit knappheitsgetriebenen Wohnkostensteigerungen. Der Erwerb von Eigentum ist nur noch für eine kleine Minderheit möglich.
- **Eine Sonderstellung nimmt der Asylbereich ein**. In jüngster Zeit sind die Kosten beim Staatssekretariat (SEM) – v.a. wegen Asylsuchenden aus der Ukraine - förmlich explodiert. Neben den ca. 4 Milliarden kommen weitere Ausgaben für Sozialhilfe, Integration, aber auch Kosten wegen überdurchschnittlich hohen Straftaten hinzu. Dabei ist bei den anerkannten und vorläufig aufgenommen Asylsuchenden eine Erwerbsquote von inzwischen immerhin 50 Prozent festzustellen. Da die Asylsuchenden aus armen Ländern kommen, erleben sie eine erhebliche Verbesserung der ökonomischen Lebensverhältnisse neben dem Schutz vor politischer Verfolgung. Auch bei kleinen Einkommen können Zahlungen an die Familien der Herkunftsländer geleistet werden. Vielfach bleiben aber schwierige Lebensumstände, die letztlich nicht zu grosser Zufriedenheit führen. Die Politik sollte sich ernsthaft mal der Frage stellen, inwiefern den Schutzsuchenden nicht einfacher und effektiver in ihren Herkunftsländern oder Nachbarländern geholfen werden könnte, wodurch sie direkter am Aufbau einer gerechteren und freieren Welt partizipieren könnten.
- **Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Eine rein wirtschaftliche Betrachtung der Migration greift aber bei weitem zu kurz.** Zentral gilt es u.a. **Umweltanliegen, Ressourcennutzung (Boden, Energie, Verkehrsmittel etc.**) und **Infrastruktureffekte** zu beachten, die letztlich global angegangen und zumindest teilweise gelöst werden müssten. Dabei darf nicht von einem engen linearen Konnex von Bevölkerungsentwicklung, Migration und zusätzlicher Belastung von Umwelt, Ressourcen oder Infrastrukturen ausgegangen werden. Das Konsum- und Produktionsniveau sowie die eingesetzten Technologien als weitere Faktoren spielen mit eine Rolle. Grundsätzlich gilt, dass wenn Personen von Ländern mit einer höheren Umweltbelastung in ein Land mit geringerer Umweltbelastung einwandern und sich deren Lebensniveau angleicht, eine Umweltentlastung entsteht. Umgekehrt hat eine Wanderung von einem Land mit geringeren Binnenumweltbelastungen in ein Land mit höherer Belastung eine Zunahme der Belastungen zur Folge. Zudem sind lokale Knappheiten - etwa des Bodens oder von Biotopen – zu beachten.

Fazit (4/5)

- **Der Einbezug ökologischer Belastungen – zum Beispiel mit dem Konzept des "Footprint" – stellt für die Migrationsdebatte ein neues, zentrales und notwendiges Element dar, was in der gängigen Migrationsliteratur allerdings noch kaum thematisiert wird, ausser der Debatte Klimawandel/Migration (z.B. Hein de Haas, Migration, 2023):** Wohl stellt die Migration seit Menschengedenken ein Phänomen dar. Dabei standen meist Wanderungen in „ freie Naturräume“ im Vordergrund. „Landnahme“ war eine wichtiges Motiv. Umwelt war ubiquitär vorhanden, was sich auch in einer weitgehend umweltunbeschwerten Reflektion widerspiegelt. Erst vor hundert Jahren fanden etwa Umweltbelastungen als „externe Effekte“ in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion Eingang. Nach mehr als hundertjähriger Reflektion wird es hoffentlich nicht weitere hundert Jahre dauern, bis die geforderte Internalisierung der externen Kosten vorgenommen wird. Es könnte sein, dass sich die Umweltprobleme nach Erreichen des Bevölkerungsmaximums im nächsten Jahrhundert – wegen den verschlechterten Lebensbedingungen und den rapide sinkenden Geburtenzahlen im Gefolge – entspannen bevor sie effektiv angegangen werden und wieder in unbesiedelte Gebiete mit ursprünglicher Akkumulation eingewandert werden kann.
- **Vorderhand bleibt nochmals darauf hinzuweisen, dass das Bevölkerungswachstum und die Migration bei weitem nicht die einzigen Faktoren für die massiven Überlastungen der Umwelt, Ressourcen und Infrastrukturen (Gesundheit, Bildung) sind**. Konsum – v.a. zusätzlicher Konsum pro Kopf – , Produktion, Technologie, Ressourcenausstattung etc. spielen in dieser komplexen Gemengelage entscheidend mit. Ein Umbau der Wirtschaft mit Effizienzstrategien könnte von einer Umweltüberlastung zu einer nachhaltigen Ressourcennutzung führen. Unbesehen des Migrationsausmasses sollten die vorhandenen Potentiale der Inländer ausgeschöpft werden. Einige Stichworte mögen zur Illustration der Thematik genügen:
  - Ein nachhaltiges **Verkehrssystem kann eine zusätzliche Nachfrage auffangen.** Wird das **Szenario „Nachhaltige Gesellschaft“ der Verkehrsperspektiven des Bundes realisiert,** so nehmen die negativen Belastungen des Verkehrs sogar ab. Im Prinzip müssen **weniger und die richtigen Fahrzeuge** (eAntrieb, geringeres Gewicht, autonom fahrend) eingeführt werden. **Gemäss Verkehrsperspektiven 2050 des Bundes könnten im Szenario „Nachhaltige Gesellschaft“ Verkehrsflächen rückgebaut und rekultiviert sowie mehr Lebensqualität für Alle geschaffen werden.**

Fazit (5/5)

- Im **Energiebereich** zeigen die vergangenen Jahre, dass eine weitgehende Abkoppelung von Wachstum und Energieverbrauch möglich ist. Dieser Prozess entlastet weltweit und lokal die Umwelt. Daneben muss aber erneuerbare Energie zur Substitution nichterneuerbarer Energieträger (fossile und nukleare) in einem Tempo zugebaut werden, das mit dem Bevölkerungswachstum mithalten kann. **Insgesamt kann die Umweltbelastung aber weltweit und lokal verringert und die Versorgungssicherheit erhöht werden.**
- **Offensichtlich ist eine Gesamtbilanz der „Auswirkungen von Migration“ schwierig, wenn nicht gar unmöglich.** Das Thema Migration ist komplex und vielschichtig, im Prinzip völlig ungeeignet für Schwarz-Weiss-Analysen bzw. –Lösungen. Dies hindert skrupellose Akteure in der politischen Arena nicht daran, genau dies zu tun.
  Es spielen jeweils auch subjektive Einschätzungen eine massgebende Rolle. Der Blick muss in jedem Fall weit **über die wirtschaftlichen Aspekte hinausgehen, die ohnehin – zumindest für breite Schichten – nur geringe und nur schwer wahrnehmbare Vorteile bringt**. „**Umweltanliegen“** und **Infrastrukturen** erhalten einen grossen Stellenwert in der Präferenz der Bevölkerung und werden so eben auch „bewirtschaftet“.
  Interessant ist auch der Schwenker diverser neoliberaler Exponenten ins Lager der Migrationskritiker. Bei ihnen dürften die nötigen vermehrten Regelungen für eine umweltverträgliche Migration ausschlaggebend sein. Schliesslich beruht ihre Theorie gemäss John Locke darauf, dass jedes Individuum so viel Eigentum besitzt, wie es zum Leben braucht, was offensichtlich ein nicht einlösbares Ideal darstellt.
  Von neoliberaler Seite (z.B. Milton Friedman) wird aber auch eine **zu hohe Migration bei Aufrechterhaltung des Sozialstaates** als Spannungsfeld gesehen.
- **Es kann mit grosser Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass ohne entschiedenes Gegensteuern die SVP-"Nachhaltigkeits-Initiative" vom Volk angenommen wird, was die bestehende Gemengelage noch weiter komplizieren und mit Sicherheit keine Lösung bringen wird.**

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Feedbacks sind erwünscht. Bitte an ruedimeier@bluewin.ch

Weitere Unterlagen: www.energie-wende-ja.ch; www.ruedimeier.ch